

Bezugspreis:
Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2,50 Goldmark, vierteljährlich 7,50 Goldmark, halbjährlich 14,50 Goldmark, jährlich 28,50 Goldmark. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheinland, Ostpreußen, Litauen, Lettland, Estland, 4,50 Goldmark, für das übrige Ausland 5,50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll und Reiz“ mit „Stellung und Kleingarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Mittwoch, den 24. September 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Bankkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direction der Dichtungs-Gesellschaft, Depositenkassa Lindenstraße 3

Anzeigenpreise:
Die einpaltige Kopierzeile 0,70 Goldmark, Reklamereile 1,- Goldmark. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 0,20 Goldmark, außerdem zwei festgedruckte Worte, jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellenangebote das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten 0,20 Goldmark. Eine Goldmark — ein Postar geteilt durch 4,50.
Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, eingegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 8 Uhr nachm.

Beschlossen und vertagt.

Der Eintritt in den Völkerbund.

Wer wissen wollte, was das Kabinett in der Frage des Eintritts in den Völkerbund beschlossen hat, konnte es aus den gestrigen Spätabendblättern erfahren, nur mußte er verschiedene Laufen und Nebeneinanderhalten. Da las er denn in großen Schlagzeilen: „Der Völkerbund-Eintritt beschlossen“ — „Vertagung des Eintritts in den Völkerbund“.

Beide haben recht, je nachdem, wie man es auffaßt. Die amtliche Mitteilung (die in einem Teil unserer gestrigen Abendausgabe schon enthalten war) lautet:

Unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten wurde heute ein Ministerrat abgehalten. Nach eingehender Erörterung der Frage des Beitritts Deutschlands zum Völkerbunde ergab sich Einmütigkeit darüber, daß die Reichsregierung den alsbaldigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erstrebt. Sie geht dabei von der Erwägung aus, daß die vom Völkerbund behandelten Fragen, insbesondere des Schutzes der Minderheiten, der Regelung der Verhältnisse des Saargebietes, die Frage der allgemeinen Abrüstung sowie die ihrer Lösung harrenden großen Fragen der Sicherung friedlichen Zusammenarbeitens der Völker, nur unter Mitwirkung Deutschlands in befriedigender Weise gelöst werden können. Selbstverständlich kann Deutschlands Mitwirkung nur die einer gleichberechtigten Hauptmacht sein.

Nachdem die auf der Londoner Konferenz erzielte Lösung der Reparationsfrage nach Auffassung der hauptsächlich beteiligten Mächte den Weg zu einer aktiven Behandlung der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund für die Reichsregierung eröffnet hatte, sind im Anschluß an die Konferenzverhandlungen Besprechungen in diesem Sinne aufgenommen worden. Das Ergebnis dieser Besprechungen bildet eine wesentliche Grundlage für die heutige Entschliebung der Reichsregierung. In Ausführung dieser Entschliebung wird die Reichsregierung durch das Auswärtige Amt bei den im Völkerbundsrat vertretenen Mächten abschließend feststellen, ob die für die Stellung des deutschen Antrages erforderlichen Garantien, die sich sowohl auf Deutschlands Stellung im Völkerbund, wie auf bestimmte andere hiermit untrennbar zusammenhängende Fragen beziehen, gewährleistet sind.

Diese Erklärung enthält eine Bindung für die Regierung, ihren Eintritt in den Völkerbund vorzunehmen, wenn gewisse Voraussetzungen erfüllt sind. Eine davon wird genannt, die Anerkennung Deutschlands als gleichberechtigte Hauptmacht, sie wird in Deutschland allgemein gebilligt. Die sonstigen Voraussetzungen werden mit einem allgemein gehaltenen Ausdruck als „hiermit untrennbar zusammenhängende Fragen“ bezeichnet. Man erfährt nicht, welcher Art diese Fragen sind.

Wie man sich zu der Erklärung der Regierung stellen will, ist daher zum guten Teil eine Sache des Vertrauens. Wer der Regierung in diesem Punkt vertrauen will, wird annehmen, daß es ihr mit ihrer Absicht, dem Völkerbund beizutreten, vollkommen ernst ist und daß sie sich in ihren Voraussetzungen wirklich auf das beschränken will, was billigerweise als notwendig anerkannt werden muß. Wessen Vertrauen zur Regierung geringer ist, der kann den Argwohn hegen, daß die Voraussetzungen dazu mißbraucht werden könnten, den Weg Deutschlands zum Völkerbund zu verbarrieren.

Auf Grund unserer Kenntnis der Dinge neigen wir zu der Auffassung, daß es dieser Regierung, zum mindesten einigen ihrer maßgebenden Mitglieder, mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund durchaus ernst ist. Fast man die Regierungserklärung so auf, so ergibt sich aus ihr schließlich doch ein außenpolitisches Programm mit einer klaren Linie und einem bestimmten Ziel. Offen bleibt aber die Frage, wie lange dieses Programm Geltung behalten, wie lange die Linie eingehalten, das Ziel ernstlich erstrebt werden wird.

Bersteht man dieses Programm als eine Erklärung des ehrlichen Willens, dem Völkerbund beizutreten, so steht es in unersöhnlichem Gegensatz zu dem außenpolitischen Programm der Deutschnationalen.

Wir haben schon gesagt, daß es vielen Deutschnationalen wahrscheinlich sehr lieb gewesen wäre, wenn die Regierung gestern den Eintritt beschlossen hätte. Sie hätten dann Enttäuschung markiert, aber sich im stillen darüber gefreut, daß eine vollendete Tatsache geschaffen ist. Nun aber ist eine vollendete Tatsache nicht geschaffen, die Sache bleibt zwischen Baum und Bock, die Voraussetzungen für den Eintritt sind

nicht genau umschrieben. Die Deutschnationalen bleiben also programmatisch verpflichtet, den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nach Kräften zu hinterziehen.

Infolgedessen stellt sich die Frage jetzt so: Ist die Regierung entschlossen, ihre programmatische Politik in der Völkerbundsfrage auch gegen die Gegnerschaft der Deutschnationalen durchzusetzen, d. h., ist sie entschlossen, nicht aus persönlichen, sondern aus sachlichen Gründen gegen die deutschnationalen Krisenmacher und Völkerbundsfeinde den Kampf um ihre Existenz aufzunehmen? Oder beabsichtigt sie den Weg des Kompromisses mit den Deutschnationalen zu beschreiten, für den die Voraussetzungen für den Eintritt Deutschlands in ihrer Unbestimmtheit den günstigsten Boden abgeben würden?

Die Ankündigung der Bereitschaft, in den Völkerbund einzutreten, ist nur dann mehr als ein taktischer Zug, wenn sie ein Bekenntnis zu dem bedeutet, was vielleicht noch nicht der geistige Inhalt des Völkerbundes ist, was er aber sein soll: zur Idee des gesicherten Weltfriedens, der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit in allen internationalen Streitfragen, der allgemeinen Abrüstung. In diesen großen Menschlichkeitsfragen sollte Deutschland innerhalb des Völkerbundes nicht bloßer Mitläufer, sondern führend und wegweisend sein. Eine Eintrittsbereitschaft in solchem Geiste wäre nicht zu erwarten von einer Regierung, die sich etwa mit dem „maßgebenden Einfluß“ der Deutschnationalen auf die deutsche Außenpolitik immerlich schon abgefunden hätte und die bereit wäre, eine „Umbildung“ in diesem Sinne über sich ergehen zu lassen.

Da die Verhältnisse nach dieser Richtung ganz ungeklärt sind, in die Stabilität und Stärke der gegenwärtigen Regierung nicht unberechtigte Zweifel gesetzt werden, erfährt der Wert der von ihr abgegebenen Erklärung eine nicht unerhebliche Minderung. Es besteht die Gefahr, daß die ganze Angelegenheit mit dem Nicht-Eintritt Deutschlands und mit der Auflösung einer neuen „Schuldfrage“, nämlich der Frage, welcher Teil die Verantwortung für den negativen Ausgang trage, enden könnte. Gerade das wäre aber das Schlimmste von allem.

Deutschlands Vorbehalte.

Ueber die Kabinettsberatung werden von bürgerlichen Agenturen Einzelheiten verbreitet:

Ueber den Schritt, den die Reichsregierung nach dem gestrigen Kabinettsbeschluss bei den im Völkerbundsrat vertretenen Mächten unternommen wird, wünscht sie, wie die Express-Korrespondenz erfährt, vor dem formellen Antrag zur Ausnahme in erster Linie eine Klärung der Frage, ob die zehn im Völkerbundsrat vertretenen Staaten in dem deutschen Antrag nicht eine Anerkennung der im Versailler Vertrag festgelegten Allfahndung Deutschlands erblicken. In gleicher Weise ist der Reichsregierung daran gelegen, daß Deutschland im Völkerbundsrat und im Völkerbundssekretariat einen ständigen Sitz erhält, und daß Deutschland, da es bereits vollkommen abgerüstet hat, von der Völkerbundsregulativ entbunden wird, in gleicher Weise, wie die Schweiz. Die deutsche Regierung wünscht ferner, die Stellung der in Frage kommenden Mächte zu der Frage der Ruhrbesetzung zu klären, mit der Möglichkeit, als Mandatsmacht aufzutreten, und betrachtet es als wünschenswert, daß auch die übrigen dem Völkerbund nicht angehörenden Staaten zum Eintritt aufgefordert werden. Von der Stellung der zehn im Rat vertretenen Staaten zu diesen Fragen wird es abhängen, ob die deutsche Regierung noch in dieser Session den Antrag auf Aufnahme stellen wird. Die Ratifizierung der Schutzfrage wurde vom Ministerrat damit als erledigt betrachtet.

Wie die Express-Korrespondenz weiter erfährt, handelt es sich bei der beschlossenen Anfrage an die zehn Nationen um einen persönlichen Rat des englischen Ministerpräsidenten, der seinerseits bereits ein englisches Eintreten für eine ständige Vertretung Deutschlands im Völkerbundsrat zugesagt hat. Die Haltung der französischen Regierung wird als noch nicht vollkommen geklärt betrachtet.

Keine Besprechungen über die Regierungsumbildung.

Wie die Zeitung erfährt, ist die Frage der Regierungsumbildung oder Erweiterung im gestrigen Kabinettsrat nicht zur Sprache gekommen. Wann die Ministerpräsidenten, der Auswärtige Ausschuss und die Parteiführer über die Beschlüsse, die die Zustimmung sämtlicher Kabinettsmitglieder gefunden haben, unterrichtet werden, steht noch nicht fest.

Der Eindruck in Genf.

Nicht ungünstig — aber Lösung in dieser Session nicht mehr möglich.

Genf, 23. September. (Eigener Drahtbericht.) Die deutsche Regierungserklärung wird in Völkerbundsreisen lebhaft kommentiert. Man verzeichnet es als eine gewisse Klärung der Sachlage, daß zum erstenmal eine deutsche Regierung sich grundsätzlich für den baldigen Eintritt in den Völkerbund erklärt hat. Beantwortet wird die unklare Fassung des letzten Satzes in der Regierungserklärung, der zu allerhand Deutungen in ungünstigen Sinne Anlaß geben könnte. Es wäre deshalb wünschenswert, daß die deutsche Regierung der Auffassung rechtzeitig entgegentritt, nach der sie im Zusammenhang mit Deutschlands Eintritt in den Völkerbund gleichzeitig die Frage der Kriegsschuld, der Mandate und der Grenzfragen, alles Fragen, die mit der Völkerbundsformulierung nichts zu tun haben, aufzuwerfen gedenke. Da Deutschland den Eintritt bis heute hinausgezögert hat, anstatt vor drei Wochen gleich nach der Erklärung Macdonalds den Eintritt zu vollziehen, ist man jetzt in Genf der Meinung, daß eine befriedigende Lösung noch während dieser Tagung nicht mehr möglich ist. Die einzige Möglichkeit, noch während der Tagung Deutschland entsprechend in den Völkerbund aufzunehmen, läge in einem unmittelbaren Schritte der englischen und französischen Regierung, ein außerordentliches Verfahren für Deutschlands sofortige Aufnahme und die gleichzeitige Gewährung eines ständigen Ratsplatzes durchzuführen. Es sind in dieser Beziehung hier in Genf schon Versuche unternommen worden. Sie dauern noch an. Ihr Ergebnis ist aber sehr ungewiß. Eine andere Version, die von französischen Kreisen distanziert wird, wünscht eine Befestigung Deutschlands an den Arbeiten der ständigen Kommissionen des Völkerbunds noch vor Deutschlands Eintritt und noch vor Beginn der internationalen Abrüstungskonferenz. Hier müßten aber vorher geeignete Verhandlungen geführt werden, da eine unmittelbare Teilnahme sonst nur Völkerbundsmitgliedern gestattet wird. Man rechnet jetzt mit der Tatsache der Einberufung einer außerordentlichen Vollversammlung in ungefähr zwei Monaten, die die Aufnahme Deutschlands, nachdem alle Formalitäten erledigt sind, vollziehen wird.

Im ganzen ist der Eindruck der Erklärung nicht ungünstig, obwohl man eine klarere Form der Erklärung in bezug auf die deutschen Bedingungen für den Eintritt gewünscht hätte. Man hofft aber, daß Deutschland nicht durch übertriebene und anspruchsvolle Forderungen den Gang der Verhandlungen erschweren oder gar unmöglich machen wird. Lord Parmoor äußerte sich optimistisch über den Gesamteindruck, ohne Einzel-erklärungen abzugeben. Genosse Branning war nicht der Ansicht, daß manne auf dem Wege der direkten diplomatischen Verhandlungen der endgültige Eintritt Deutschlands zur Tatsache werde.

Vertagung des Eintritts Deutschlands.

Frankreichs Haltung in der Völkerbundsfrage.

Paris, 23. September. (Eigener Drahtbericht.) Erst am Dienstag ist bekanntgeworden, daß am Montag der englische Botschafter in Paris bei Herriot vorsprach, um sich nach der Stellungnahme Frankreichs gegenüber einem etwaigen Zulassungsgesuch Deutschlands an den Völkerbund zu erkundigen. Wie „L'Humanité“ mitteilt, deckt sich die von ihm gemeldete Antwort Briands in Genf auf die Anfrage Nauens vollständig mit der Antwort Herriots auf den gestrigen Schrift des englischen Botschafters. Man vermutet, daß die Reichsregierung inzwischen über London von dieser Stellungnahme Frankreichs unterrichtet worden ist, und man hielt es deshalb hier von vornherein für wenig wahrscheinlich, daß sich der Ministerrat im Sinne der Einreichung eines Gesuches entscheiden würde. In Anknüpfung an den Artikel des „Soj. Parlamentsdienst“ erfährt — der Auffassung, daß diese französische Stellungnahme zwar keine Ablehnung, aber zum mindesten eine Vertagung der Angelegenheit bedeutet, wobei man die Einberufung einer außerordentlichen Session des Völkerbundes für durchaus möglich, ja wünschenswert hält. Man ist der Ansicht, daß die Regierung Herriot kaum anders als die Schritte Englands und Nauens antworten konnte, nachdem Deutschland fast drei Wochen habe verstreichen lassen, ohne sich um seinen Eintritt in den Völkerbund zu bemühen. Auch solche linksstehenden Politiker, die durchaus für eine Verständigungspolitik mit Deutschland eintreten und die baldige Zulassung Deutschlands in den Völkerbund wünschen, sind von derartigen Maßnahmen gegenüber der

...ollst der Reichsregierung oder zum mindesten Dr. Strefemanns erfüllt, daß sie die Haltung Herriots durchaus billigen, nach dazu in einer Zeit, wo die innerpolitische Lage Deutschlands so unsicher ist, daß man nicht wissen könne, was die aller nächsten Tage und Wochen in dieser Hinsicht bringen werden.

Vermittlungsaktion Ransens.

Paris, 23. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Havas-Agentur veröffentlicht folgendes Kommunikative: Ransen hatte am Dienstag früh die französische Delegation um eine Unterredung ersucht, die dann in Gegenwart sämtlicher Mitglieder der Delegation stattfand. Er erklärte, daß er das Sprachrohr einer gewissen Anzahl von Delegationen sei, indem er sich bei der französischen Delegation nach ihrer Haltung informieren solle für den Fall, daß das Deutsche Reich ein Besuch um Zulassung in den Völkerbund einreichen würde. Aristide Briand erwiderte im Namen seiner Kollegen von der französischen Delegation, daß diese Frage zu allererst eine Regierungsfrage sei, deren Verantwortung in Berlin, in London und in Paris gesucht werden müsse. Er äußerte eine gewisse Ueberraschung darüber, daß die Meinung Frankreichs in dieser Sache nachgelassen werde unter Ausschluß der anderen. Briand fügte hinzu, daß kein Grund vorliege, das Standpunkt zu ändern, der am 5. September von der Tribüne der Genfer Völkerbundsversammlung aus durch den französischen Ministerpräsidenten Herriot entwickelt wurde und der besagte, daß die Zulassung Deutschlands den für alle geltenden Regeln unterworfen werden müßte: weder Privilegien noch Ausnahmen. Die französische Delegation machte geltend, daß ein Zulassungsgesuch Deutschlands, das zu einer so späten Stunde beim Völkerbund eintreffen würde, wenig Aussicht hätte, um rechtzeitig zu einem Ergebnis zu gelangen. Man verfiel, daß Ransen von dieser Unterredung einen wenig vertrauensvollen Eindruck von der sofortigen Zulassung Deutschlands in den Völkerbund zurückgebracht habe.

Englische und französische Dementis.

London, 23. September. (CP.) Downing Street dementiert die Meldung, daß der englische Botschafter in Berlin der deutschen Regierung eine Note überreicht habe, in welcher der englische Standpunkt in der Frage des Eintritts Deutschlands zum Völkerbund auseinandergesetzt werde. Doch gibt man zu, daß offizielle Besprechungen stattgefunden haben, daß aber die englische Regierung der deutschen keinerlei Bedingungen mitteilt habe, unter denen nach ihrer Ansicht der Eintritt erfolgen könne.

Paris, 23. September. (CP.) Am Quai d'Orsay werden die Meldungen englischer Blätter, daß der englische Botschafter in Paris bei Herriot einen Schritt in bezug auf den Beitritt Deutschlands zum Völkerbund unternommen habe, dementiert.

Teilnahme Amerikas an der Abrüstungskonferenz.

Washington, 23. September. (CP.) Im Weißen Hause wird in bezug auf die im Völkerbund geplante Abrüstungskonferenz erklärt, daß, wenn die Vereinigten Staaten eine Einladung zu dieser Konferenz nach der Präsidentschaftswahl erhalten würden, sie dieselbe annehmen würden. Wenn die Einladung aber vor der Präsidentschaftswahl erfolgen sollte, so würde sie unbeantwortet gelassen werden, weil in diesem Falle eine Einladung einen Einfluß auf den Ausgang der Wahlen ausüben würde.

Die Greife auf dem Dache.

Pastor Mumm liest ihnen den Text.

Zu den 48 abkommandierten Sasagern der deutschnationalen Reichstagsfraktion gehört auch der Pastor Mumm, des einflussigen Hofprediger Süder weniger bekannte Schwiegersohn. Dieser Mumm sieht mit Schrecken, daß in der Deutschnationalen

Partei über die Sasager ein Scherbengericht veranfaßt wird und sichtet sich deshalb in das Blatt der orthodoxen protestantischen Geistlichkeit, den „Reichsboten“, wo er den Aposteln des starren Rein in seiner Partei dieses niedliche Spiegelbild vorhält:

„Es ist in unserer zerrissenen Zeit wirklich so, daß es viele Menschen gibt, die aus zerrissener Seele heraus wissen, was sie nicht wollen, aber nicht, was sie wollen.“

Solche können direkt gefährlich werden, wie alle Monomanen, auch wenn das Ziel ihres Hoffens ein befähigtes ist. Man kämpft „gegen die Juden“, „gegen den Ultramontanismus“, „gegen die Sozialdemokraten“, „gegen die Franzosenbrut“, „gegen den Alkohol“ usw.; man steht in allem, was sich Böses erignet, nur Schläge des einen Feindes, gegen den man kämpft. Aber man verjagt, wenn man für etwas kämpfen soll.“

Gegen diese zutreffende Charakteristik seiner eigenen Parteifreunde von der Reichstags-Abteilung wendet sich denn auch sofort der Jura des „Reichsboten“, der durchaus nicht mit Mumm einverstanden ist. Der „Reichsbote“ versichert vielmehr, die Regation sei für eine Partei nur dann eine Gefahr, wenn es sich um eine Partei handelt, die keinen Charakter hat. Da nun Mumm der Meinung ist, es sei die höchste Zeit, daß die Deutschnationalen aus der Verneinung zur Bejahung übergingen, so bestätigt ihm also das Postorenblatt, daß er und seine Gruppe keinen Charakter haben! Das sind Urteile von zwei Parteifreunden über einander, die wir in aller Göttergleichheit hinnehmen, ohne sagen zu können, wenn wir mehr Glauben schenken.

Herr Mumm aber führt für seine Auffassung besonders „gewichtige Gründe“ ins Feld. Er beruft sich zum 1001. Male auf das Versprechen der Volkspartei und des Zentrums, daß der Fraktion Halb und Halb sehr bald vier deutschnationale Minister zugestanden würden. Damit sei endlich der „Bismarckblock“ erzielt, der eine Freude aller Deutschnationalen sein würde. Aber man dürfe sich jetzt nicht gegenseitig der Unzuverlässigkeit beschuldigen:

„Man kann doch nicht einen Tirpitz und einen Bismarck der nationalen Unzuverlässigkeit oder einen Otto Hochsch der Unkenntnis beschuldigen. Fürs „Rein“ sprachen viele Gründe — zugegeben. Aber auch für den Beginn positiver Einstellung sprechen viele Gründe.“

Die letzteren zählt er nun auf: Erstens habe er sich schon einmal auf den Boden der gegebenen Tatsachen gestellt, nämlich, als er sich nach der Revolution in die Nationalversammlung wählen ließ. Zweitens hätte der Reichspräsident auf Grund des § 45 der Verfassung ja auch ohne die Zustimmung der Abgeordneten das Eisenbahngesetz verkündet:

„Sollten wir nunmehr nichts tun, als hinter den Tatsachen her schelten? Damit hätten wir in Preußen die Linksgeneration gestiftet, im Reich sie geschaffen — und beides auf Jahre hinaus. Denn wir waren dann isoliert. Wir hätten auch eine Einseitigkeit der Reichswehr nicht verhindern können — wissen wir doch, zu welchem Zwecke das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ geschaffen ist; wissen wir doch, wie hier und dort die Schupo linksorientiert ist und von links her rekrutiert wird!... Wir hätten außenpolitisch Poincaré, innenpolitisch Breisfeld und Bernhard in die Hand gearbeitet. Und stimmen nicht alle Sachkundigen darin überein, daß man, wenn wirklich das Londoner Abkommen gescheitert wäre, eine günstigere Gestaltung desselben erreicht, sondern nur ein Abschimmen Amerikas und damit eine Wiederkehr französischer Allmacht in der Reparationskommission riskiert hätte?“

So klar will Mumm damals mit seiner Sasager-Abteilung die Dinge erkannt haben. Wie unverantwortlich müssen da — vom deutschnationalen Standpunkt aus — die Reichstagsgegner gehandelt haben, die all diese schönen Dinge nicht gesehen oder nicht richtig gewürdigt haben? Der „Reichsbote“ gibt seinem pastoralen Mitarbeiter deshalb auch sofort die Antwort, seine sasagenden Freunde „haben in den lockenden Versprechungen der Mittelparteien einen so starken Reiz, daß sie trotz aller schweren Bedenken den Befehlen zur Annahme verfallen, weil sie die Vorteile eines Anteils an der Regierung höher einschätzen als alle Gefahren, die uns aus den Dames-Gesetzen erwachsen.“

So sehen sich nun die beiden Hälften der Partei gegenüber,

gestikulieren mit allen Händen, um sich zu überzeugen und gleichen dabei doch nur den Greifen auf dem Dache, die sich nicht zu helfen wissen!

Duplik.

Justinian gegen den Geh. Justizrat Wolff.

Wir erhalten folgendes Schreiben:

Sehr geehrte Redaktion! Die Notiz, die Sie in Ihrem gestrigen Abendblatt den scharfsinnigen Ausführungen des Geheimen Justizrats Dr. Th. Wolff widmen, klinge zwar, als wenn Sie eine Diskussion zwischen diesem meinem Widersacher und mir abschneiden wollten. Ich hoffe aber, daß Sie mir im Hinblick auf die gewaltige Bedeutung der Frage, ob der Berliner Pakt rechtsgültig ist, doch noch einmal das Wort geben werden.

Dem Herrn Geheimen Justizrat Dr. Th. Wolff bezeichne ich gern, daß er in meinem corpus juris civilis gut Bescheid weiß. Ich fühle mich dadurch um so mehr geschmeichelt, als ich mir schon oft habe gefallen lassen müssen, daß mein Werk in deutschnationalen Blättern als „jüdisch-römisch“ bezeichnet wurde. Wahrscheinlich haben die deutschnationalen Schriftsteller daran Anstoß genommen, daß ich mit eherner Strenge an der Ungültigkeit von Verträgen, die den guten Sitten zuwiderlaufen, festgehalten habe. Sie ahnten, daß dieser von mir aufgestellte Grundsatz, der in das Bürgerliche Gesetzbuch übergegangen ist, einmal ihre politischen Kreise stören werde. Leider weiß Herr Geheimen Justizrat Dr. Th. Wolff im Bürgerlichen Gesetzbuch nicht so gut Bescheid wie im corpus juris. Er mag nicht zu bestreiten, daß ein Vertrag, durch den eine Faktion trotz verschiedener Gegenseitigkeit gegen einen Gegenstand sich verpflichtet, für die Gewährung einiger Ministerposten fünfzig Prozent ihrer Mitglieder für den besagten Gegenstand stimmen zu lassen, unzulässig und deshalb nach § 138 BGB. unzulässig ist. Seine Darlegung beschränkt sich darauf, daß das den Deutschnationalen früher gegebene Versprechen der Aufhebung des Bekenntnisses der Schuld am Kriege rechtsbeständig sei. Dieses Versprechen ist aber ein Teil des Berliner Pakts. Und der Herr Geheimen Justizrat und Doktor juris hat übersehen, daß § 139 BGB. bestimmt: Ist ein Teil eines Rechtsgeschäftes nichtig, so ist das ganze Rechtsgeschäft nichtig, wenn nicht anzunehmen ist, daß es auch ohne den nichtigen Teil vorgenommen sein würde. Herr Wolff, der Herrn Herzig gewiß genau kennt, wird nicht behaupten wollen, daß dieser deutschnationale Führer ohne die Aussicht auf einen Ministerposten sich zum Vertragsbruch verstanden haben würde.

Der Herr Geheimen Justizrat hat weiter übersehen, daß der Berliner Pakt nicht zwischen den Deutschnationalen und der durch den Reichstagsrat vertretenen Reichsregierung, sondern zwischen den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei abgeschlossen worden ist. Man kann ihn aus naheliegenden Gründen auch nicht als einen Beitrag zugunsten des Herrn Reichstagsratlers bezeichnen. Ein Vertrag erzeugt aber Rechte nur zwischen den Vertragsparteien. Die Deutschnationalen würden also auf Grund des Paktes lediglich von der Deutschen Volkspartei verlangen können, daß sie die der Ratifikation der Kriegsschuldnote entgegenstehenden Hindernisse zu beseitigen trachte, wenn nur der Vertrag nicht wegen Sittenwidrigkeit hinfällig wäre.

Die verehrte Redaktion empfiehlt den Deutschnationalen, sich in dem anstrengenden Rechtsstreit durch Herrn Geheimen Justizrat Dr. Th. Wolff vertreten zu lassen und stellt ihr im Falle der Befolgung dieses Rats einen vollen Prozeßerfolg in Aussicht. Ich warne die Deutschnationalen in ihrer Werthachtung der juristischen Autorität des „Vorwärts“ bis zur Berücksichtigung dieses Winkes zu gehen. Ihnen kann in dem Prozeß gegen die Deutsche Volkspartei nur die Unterschlagung des bösen § 138 BGB. helfen. Dafür aber ist niemand so geeignet wie der frühere deutschkonservative Reichstagskandidat Rechtsanwalt Brödered. Ihm sollte die deutschnationale Fraktion Prozeßvollmacht erteilen. Nur kann ich ihr seine gegenwärtige Anschrift nicht mitteilen. Das letztmal vor er während der Lage der Regierung des Herrn Kapp, der ihn mit einem hohen Posten betraut hatte, in der Reichstagsliste zu sehen, wo er in einem Klubsaal saß, selbstverständlich mit untergeordneten Beinen. Ihr wohlaffectionierter Justinian.

Hohenzollern und preussischer Kunstbesitz.

Die vom preussischen Finanzminister unterzeichnete Denkschrift über die Auseinanderkehrung des preussischen Staates mit dem früheren Königshaus hat in der Kunstwelt zu Beforgnissen Anlaß gegeben. Diese erschweren sich jedoch durch nichts gerechtfertigten Befürchtungen gelten dem Kunstbesitz, den das Haus Hohenzollern seit Jahrhunderten erworben hat und der jetzt den wesentlichsten Bestandteil der staatlichen Kunstsammlungen bildet.

Vorweg sei festgestellt, daß der Bevollmächtigte des früheren Königshauses ein Herausgabe des Kunstbesitzes aus den Schöpfen, Museen usw. zu fordern kein Recht hat. Der ältere Kunstbesitz der Hohenzollern entstammt den Zeiten vor Veröffentlichung des preussischen Landrechtes, das Friedrich II. von 1780 an ausarbeiten ließ und das zuerst eine klare Scheidung von Krone und Staat in ihren Finanzen brachte. Unter diese älteren Erwerbungen und Eigentumsrechte fällt, um nur einige Beispiele zu nennen: alles was Schloß im Schloß geschaffen hat, was Friedrich II. erworben hat, wie die Franzosen des Kolos, was er in Berlin und Potsdam gebaut hat, dann auch der kostbare Kunstbesitz seines Bruders, des Prinzen Heinrich, der persönliche Kunstgegenstände höchsten Wertes aus Frankreich empfing wie die Gobelinsfolge von Boucher, die jetzt im Berliner Schloß hängt. Die Eigentumsrechte liegen hier über allen Zweifeln klar: Friedrich hat in seinen Testamenten festgelegt, daß Bildergalerie, Medaillensammlung, Bibliothek ebenso wie Schloß und Kronjuwelen zum Staatsvermögen gehören. „Ich habe die Einkünfte des Staates als einen Teil des Lebenslaufes meiner Väter betrachtet, worüber ich ihnen Rechenschaft schulde bin, und niemals habe ich daher auch nur den kleinsten Teil zu meinem Privatgebrauch verwendet, und deshalb sterbe ich arm, doch reinen Gewissens und voller Befriedigung über die Verwaltung, die mir anvertraut war.“

Der zweite Hauptbestandteil des älteren Museumsbesitzes Berlins ist die berühmte Sammlung des Großkaufmanns Edward Solty, eines Teilhabers der Londoner Handelsfirma Isaac Solty u. Söhne, die nach den rühmlichen Schwagerverdiensten der Kontinentalperle und nach der Hochkonjunktur in den ersten Jahren des wiederhergestellten freien Handels nahe dem Zusammenbruch war. Der preussische Staat hat damals dem stolischen Solty seine Schatzkammer billig abgekauft. Friedrich Wilhelm III. zahlte kurz nach der Konturseröffnung 500 000 Taler, was für den Sommer einen baren Verlust von 300 000 Talern bedeutete. Die „königliche“ Besorgung aber hatte, wie sich erst jetzt bei den archaischen Untersuchungen der Angelegenheit herausstellte, einen dicken Haufen. Formell hat der König zwar die hohe Million Taler aus seiner Schatzkammer bezahlt, in Wirklichkeit waren es aber staatliche Gelder aus einer Entschädigung, die sich der König in Form von Staatsanleihen dafür geben ließ, daß er während der französischen Besetzung 1806/10 aus den Domäneeinkünften zu wenig empfangen und überdies 1807 aus seiner Dispositionskasse einen größeren Betrag für staatliche Zwecke zur Verfügung gestellt hatte. Daß diese Rückzahlung von Verlusten in einer Zeit, wo jeder verlor, und die Vererbung der Entschädigung dann für den Kaiserkauf diesen ein ganz anderes Gesicht gibt

als man bisher glaubte, das geht z. B. klar aus einem jetzt aufgetauchten Briefe Ancillons an Wittgenstein vom 2. November 1821 hervor: der Minister spricht, indem er das Moralische der Sache mit einigen unmissverständlichen Worten umschreibt, von dem „Staatszweck“, dem das Geld nun diene. Daher kommt die jetzige Denkschrift des Finanzministers für das Berliner Museum, das, 1828 eröffnet, in der Galerie ja hauptsächlich auf der mit Staatsmitteln für Staatszwecke erworbenen Sammlung Solty beruhte, mit Recht zu folgendem Schluß: „Die Museumsgründung stellt sich als ein Hebelwerk dar, durch den der Herrscher ein neues Staatsinstitut ins Leben ruft, auf das er einen unbegrenzten Vermögenswert verschiedenster Herkunft zur freien und unumschränkten Verfügung übertrug, um damit zugleich eine Reihe erheblicher, an sich ihm abwendiger Kosten auf dieses neue Institut, d. h. auf den Staat abzuwälzen!“ Jedes Wort darüber, daß die Sammlung Solty, im Sinne ihres Schöpfers weiter ausgebaut, ein unverletzlicher Bestand der preussischen Kunstsammlungen ist, erübrigt sich.

Singvögel.

Sie ist acht Stunden täglich an ihre Schreibmaschine gefesselt. Manchmal aber hängen sich noch Ueberstunden daran. Sie sitzt in einem lichtlosen Raum, der den ganzen Tag durch elektrische Birnen erhellt werden muß. Sie und klappert, schlägt ununterbrochen auf die Tasten, läßt, daß andere reich werden und erwidert sich selbst dabei — keine Reichthümer, aber bei einiger Ausdauer doch wahrscheinlich eine Lungentranke. Wenn sie ihre Zeit abgehört hat, tritt sie mit müden gequälten Augen auf die Straße hinaus. Gestern aber leuchteten ihre Augen: „Weißt du,“ sagte sie, „in meiner Maschine sind Singvögel. Da ist ein Hebel, wenn ich an den ankomme, zwischert es ganz leise. Das ist so, als wenn Urlaub wäre und ich auf einer Wiese läge und die Vögel singen. Licht oder vierzehn Tage im Jahr, wenn es nicht gerade, wie gewöhnlich, wenn man schon Urlaub hat, regnet.“

Ich werde niemandem verraten, wo die Schreibmaschine mit den zippenden Singvögeln steht. Denn Maria fürchtet, daß dann ihr Direktor gegen ihre Freude einschreiten würde. Er könnte etwa die Maschine stören lassen. Oder ihre kleine Gasse noch mehr reduzieren, da sie ja den Vogelgesang umsonst genießt, wo doch nichts umsonst ist. Oder gar ihren nächsten Urlaub beschneiden, da sie ihn in seinem Bureau schon vorzieht. Oder er könnte einen neuen Punkt in die lange, strenge Dienstordnung aufnehmen: „Singvögeln ist der Aufenthalt in den Schreibmaschinen verboten!“

Johann Margulies.

Thüringische Kulturblume. Dem gesamten Völkerver, Künstlern wie Handwerksmeistern, des Staatlichen Bauhauses in Weimar ist von der Thüringischen Regierung zum 1. April 1925 gekündigt worden. Zwar heißt es, diese Kündigung solle der Regierung nur ferre Hand lassen und der Landtag habe die endgültige Entscheidung zu treffen. Wer aber den „Geist“ der jetzigen Regierung Thüringens kennt, der kann nicht daran zweifeln, daß diese provisorische Kündigung der ersten Schritt bedeutet zum Abbau eines Kunstinstituts, das in Deutschland, vielleicht in der Welt, nicht seinesgleichen hat und als mustergültige Lehr- und

Berkstätte von allen Sachverständigen anerkannt ist. Unter der Leitung des Architekten Walter Gropius wirken hier Künstler von Welt Ruf wie Kandinsky, Feininger, Klee, die nach mehrjähriger intensiver Arbeit jetzt endlich soweit sind, die ersten Früchte ihrer Beherzigkeit ernten zu können. Durch das Eingreifen einer kulturfeindlichen, reaktionären Clique soll nun alles über den Haufen geworfen, sollen unschätzbare ideelle und materielle Werte vernichtet werden. Denn dieser Sippstich „poft die ganze Richtung nicht“. Weiter alle, denen Kultur und Kunstpflege nicht als Bagatelien gelten, sich noch heute, in letzter Stunde, zusammenschließen zu einem Proteststurm gegen diese drohende Kulturbilamage, die nicht nur eine Angelegenheit Thüringens ist, sondern ganz Deutschland vor der Welt diskreditieren würde!

Der Zusammenbruch des „Uda“-Gastspiels beschäftigt seit einigen Tagen die Berliner Kriminalpolizei. Die beiden Betrachter, Maurice Heimorici und Dr. Rosner, sind gestern von der Inspektion G. der Kriminalpolizei behufs Klärung des Tatbestandes vernommen worden. Die Prüfung des Zusammenbruchs ist noch nicht abgeschlossen, jedoch sind bisher weder von der Staatsanwaltschaft noch von der Kriminalpolizei betrügerische oder andere strafbare Handlungen aufgedeckt worden. Die Urachen des Zusammenbruchs werden weiter nachgeprüft. Aller Voraussicht nach wird eine Glaubigerversammlung einberufen werden. Nach der Ueberlicht der Behörden dürften die Gläubiger zum größten Teil abgefunden werden, soweit dies noch nicht geschehen ist.

Elia Ibal tanzt im Blüthnersaal. Charakter: Hochtänzerin ohne Aplomb, ohne Temperament, ohne tänzerische Pantomime. Besondere Kennzeichen: ein paar Arme, die in schlangartigen Windungen raffende, greifende, hartende Hände bewegen und den unbewehrten Kumpel mit sich reißen. Stil: verhärmtes Ballet, reich an dekorativen Fierlichkeiten, Niedlichkeiten, neckischer Tanderei („Mazurka“, „Walzer“); gelegentlich, z. B. in dem Parallellismus der abstrakten Linien am Anfang des „Nocturno“, ein rasch zersatternder Anstoß zu feistlichem Ausdruckswillen. Gesamtcharakter: Langeweile. Qualifikation: Variété oder Provinz-Ballett. A. S.

„Die Gefahren der Berge“, einen Naturfilm von hartnäckiger Eindringlichkeit, brachte die Urania als Uraufführung heraus. Der Film steht unter den Bezeichnungen der Urube an der Leistung und dem ersten Willen zur Belehrung. Man genießt die erhabene Schönheit der alpinen Landschaft, gewahrt aber zugleich die Gefahren, die sie birgt, und sieht, wie Unkenntnis und Leichtsinns die Fährnisse ins Ungeheure erhöhen. Den tüchtigen Bergbesteiger zeichnen Mut und Vorsicht aus. Dieser alpine Film der Julag bietet eine wertvolle Ergänzung all' der rühmlichst bekannten Werke gleicher Gattung. Der fernbegierige Sportsmann erfährt unendlich viel und Unvergessliches und der Kur-Zuschauer gerät ganz in den Bann der Gebirgswelt und des beklemmenden Ernstes des Geschehenen. Max Fränk als Regisseur, Dittmann als Photograph und alle Mitwirkenden sind berechtigt, auf ihre Leistungen stolz zu sein. Laut der Einleitungsworte haben die Mitwirkenden kaum die Unkosten vergütet bekommen. Eine Erwähnung, durch die sicher hervorgehoben werden sollte, daß die Herren es gar nicht nötig haben, für den Film zu arbeiten. Sie wird dadurch nicht gerade zur Klame für die Unternehmer. e. h.

Der Loeb-Skandal.

Die Rechtfertigung des Rücktritts.

Weimar, 23. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Rücktritt des Genossen Loeb erfährt in der Presse eine umfangreiche Erörterung. Die amtlichen und nichtamtlichen Meldungen der bürgerlichen Zeitungen über eine angebliche Aktienverschöpfung werden widerlegt durch einen Brief, den Loeb bereits am Sonntag an den Finanzminister richtete. Neben einer Reihe geschäftlicher Mitteilungen enthält dieser Brief folgende Äußerungen: „Reine persönlichen Akten sowohl politischer als privatschäftlicher Natur als auch die Akten aus den Ausschussmandaten, für deren Ausführung ich persönlich haftbar bin, habe ich bereits aus den Büroräumen der Staatsbank entfernt und meiner Wohnung in Frankfurt a. M. zugeleitet.“ Damit bringt Loeb zum Ausdruck, daß er durchaus nicht eine Aktienverschöpfung absichtlich oder vorgenommen hat, sondern daß es sein gutes Recht war, wenn er persönliche Akten nach seiner Wohnung in Frankfurt am Main überführen ließ. Der Inhalt dieses Briefes wurde beim Erscheinen der Polizei in der Staatsbank sofort bekanntgegeben. Sie mußte unter allen Umständen daraus ersehen, daß die ihr gemeldete Aktienverschöpfung durch Abwendung von Koffern eine Denunziation war. Trotzdem wurde Loeb wie auch die beiden anderen anwesenden Herren Maerker und Dr. Rieß eben wegen dieser angeblichen Aktienverschöpfung bis frühmorgens festgehalten. Die gegen Loeb erhobenen Vorwürfe und Anschuldigungen, mit denen die Regierung eine Entlassung des Staatsbankpräsidenten Loeb eventuell rechtfertigen wollte, erweisen sich nicht als stichhaltig. Ihm wurde vorgeworfen, eine absichtliche Bilanzverschöpfung durch Übertrag von 150 000 M. aus Devisen auf Provisionskonto unter Gewinn- und Verlustkonto vorgenommen zu haben. Auf diese Anschuldigung hat Loeb an das thüringische Staatsministerium folgenden geantwortet:

„Dieser Übertrag, der gar nichts Ungehöriges ist, wurde vom Gesamtdirektorium beschlossen, vom Verwaltungsrat und vom Herrn Finanzminister unter ausdrücklicher Darlegung der Gründe genehmigt. Wenn der Herr Finanzminister auch sonst behauptet, daß er von diesen Dingen nichts verstehe, so möchte ich bemerken, daß die ganz simple Darstellung meinerseits keinerlei Mißdeutung zuläßt. Ich habe dem Herrn Finanzminister mitgeteilt, daß wir diese Umbuchung vornahmen, weil ich es im Interesse der Staatsbank nach den gemeinen Annahmen für dienlich halte, zudem die Provisionen für Devisengeschäfte auf diesem Konto mitverbraucht waren. Der Herr Finanzminister hat dieser Begründung, wie gar nicht anders zu erwarten war, volles Verständnis entgegengebracht und deshalb zugestimmt.“

Genosse Loeb weist des weiteren die Vorwürfe der mangelnden Kreditkontrolle und die Angriffe, die sich mit der Kreditbeschaffung beschäftigen, entschieden zurück und weist nach, daß er korrekt gehandelt hat. Es ist einfach haarsträubend, welche Gerüchte mit dem Rücktritt des thüringischen Staatsbankpräsidenten in Verbindung gebracht werden. Flucht- und Selbstmordversuch werden in diese Angelegenheit wissentlich hineingespielt, obwohl jedem bekannt ist, daß Loeb und der Staatskommissar Maerker sich in Weimar frei bewegten und den Dingen, die da noch kommen sollen, frei ins Auge sehen.

Eine amtliche „Darstellung“.

Weimar, 23. September. (W.B.) In seiner gestrigen Sitzung hat das thüringische Staatsministerium beschlossen, dem Präsidenten Loeb der thüringischen Staatsbank ohne Einhalt der Kündigungsfrist zu kündigen und ihn aus seiner Stellung als leitender Direktor zu entlassen. Als Grund für die fristlose Kündigung und Entlassung wird angegeben, daß Herr Loeb seinen unmittelbaren Vorgesetzten, den verantwortlichen Finanzminister, wiederholt über angeblich der thüringischen Wirtschaft zugeführte In- und Auslandskredite bewußt irreführt und gräßlich geläuscht habe. Dazu komme, daß bei der Revision der Staatsbank durch die Herren Geheimrat Bastian und Reichsbankdirektor a. D. Schulz-Kobitzschere Unkorrektheiten und Verstöße gegen das Staatsbankgesetz sowie die dazu erlassene Geschäftsordnung festgestellt worden seien, für

Eine wissenschaftliche Luxusfahrt. Vielleicht das luxuriöseste Schiff, das je einer wissenschaftlichen Unternehmung gedient hat, ist der „Saint-Georges“, der jetzt von England aus mit 80 Passagieren, darunter zahlreiche englische Gelehrte, ausgestattet mit einem vollständigen wissenschaftlichen Apparat, zu einer zehnmonatigen Reise nach dem Südpol in See ging. Gegenstand der beachtlichsten Untersuchungen ist die Fauna und Flora der Südpole. Die Ausstattung des Fahrzeuges ist die einer richtigen Lustjacht; jeder Passagier hat seine eigene mit ausgehauenen Geschmack und in modernstem Stil eingerichtete Kabine; besondere Sorgfalt ist der Ausgestaltung der Baderäume gewidmet. Das Schiff geht zunächst nach den Kanarischen Inseln, durchfährt dann den Panamakanal und will in der Südpole Land, die Marthas- und die Cool-Inseln anlaufen.

Das überfüllte Moskau. Um eine Überfüllung der russischen Hauptstadt zu vermeiden, hat die Sowjetregierung für die zuziehenden Fremden eine besondere Steuer eingeführt. Die Besucher von Moskau und alle Personen, die in der roten Zentrale nicht länger als einen Monat verweilen, werden künftig eine Abgabe in Höhe von zehn Pfund Sterling entrichten müssen. Der Entschluß, in Moskau dauernden Aufenthalt zu nehmen, kostet dreißig Pfund. Aus dem Ertrag dieser Steuer werden Wohnhäuser für die Arbeiter gebaut. Die Regierung begründet diese Abgabe mit der beispiellosen Wohnungsnot, die in Moskau einen erschreckenden Umfang angenommen hat. Die Bevölkerung der Stadt hat sich im Laufe zweier Jahre um 500 000 auf 1 800 000 Menschen vermehrt. Moskau ist heute das Handels- und Industriezentrum des riesigen Reiches geworden, und es verdrängt diese bevorzugte Stellung vor allem der Unterdrückung des Privathandels in den Provinzen. Für Zehntausende ist diese Stadt das Mekka der Hoffnungen geworden, in dem sich alles sammelt, was Unterkunft und Arbeit sucht. Damit ist auch die Wohnungsnot ins Unerträglichste gestiegen. Die Sowjets, denen zunächst als einziges Mittel die Zwangsverwaltung der Häuser verblieb, hat jeder Person das Recht auf einen Raum von zehn Quadratmetern zugesprochen. Infektionen und Epidemien sind die Folgen gewesen; namentlich das Scharlachfieber hat sich unter den zusammengedrängten Menschen stark verbreiten können. Man hat in diesem Jahre nicht weniger als 7000 Erkrankungen daran festgesetzt.

Die Goethe-Bühne wird mit Goethes „Räuber“ im Oktober eröffnet. Die Titelfigur spielt Edeleins abwechselnd mit der holländischen Schauspielerin Marthe Walben von der Groote Schouwburg in Rotterdam.

Anatole France wieder geneigt. Anatole France, der vor kurzem besorgniserregend erkrankt war, ist wieder hergestellt und hat sich auf seine Wohnung in Lourmarin begeben.

Vadon Duncan kommt nach jahrelanger Abwesenheit nach Berlin und wird am 2. und 4. Oktober im Bühnenjahr zwei Langabende mit großem Erfolg geben.

Ein „Vollflugzeug“? In Leeds wird gegenwärtig ein „Vollflugzeug“ gebaut, dessen Motor nur 25 PS entwickelt und dessen Betriebskosten nur 61 Pfund pro Stunde betragen soll. Die Flügel können gefaltet und das Flugzeug somit leicht in einer Garage untergebracht werden. Die Länge des Apparates beträgt nicht mehr als die eines Automobils, die Breite nicht mehr als ein Bierbischl. Das Flugzeug kann zwei Personen an Bord nehmen. Der Verkaufspreis beträgt 300 Pfund Sterling. Die Konstrukteure sind der Meinung, damit das Problem des „Vollflugzeuges“ gelöst zu haben.

die der Staatsbankpräsident verantwortlich sei. Das thüringische Staatsministerium hat ferner beschlossen, dem Staatskommissar Maerker ohne Einhalt der Kündigungsfrist zu kündigen und ihn aus seiner Stellung als Beauftragter des Finanzministeriums zu entlassen. Der ihm auf Grund des § 21 des Staatsbankgesetzes erteilte Auftrag als Vorsitzender des Verwaltungsrats wird mit sofortiger Wirkung zurückgezogen. Als Grund für diese Maßnahme wird angegeben, daß Herr Maerker die im Beschluß des Staatsministeriums erwähnten Täuschungsversuche des Herrn Loeb nicht nur stillschweigend geduldet, sondern trotz präziser Fragen des Finanzministers mit seiner Person auch geduldet habe. Die Leitung der thüringischen Staatsbank wurde zunächst vorläufig dem bisherigen zweiten Direktor Bankdirektor Gempel übertragen. Die Gerüchte über verschiedene Verhaftungen entspringen nicht den Tatsachen, vielmehr sind sämtliche beteiligten Personen in Freiheit.

Weiter wird mitgeteilt, daß das thüringische Landeskriminalamt in Weimar, welches mit der kriminalistischen Voruntersuchung des Falles beauftragt ist, inzwischen die im Laufe des Sonntags und in der Nacht zum Montag aus der Staatsbank herausgeschafften Kärbe und Koffer mit Akten in Frankfurt a. M. vorläufig beschlagnahmt hat. Die Akten werden zurzeit durch den stellvertretenden Oberstaatsanwalt, Staatsanwaltschaftsrat Müller-Weimar und den Leiter des Landeskriminalamts, Oberregierungsrat Rieß, einer Durchsicht unterzogen. Die Herren Loeb und Maerker hatten versucht, dem Beschluß des Staatsministeriums zu vorzukommen, indem sie dem Finanzminister am Montag ihre Ämter zur Verfügung stellten. Den Anlaß dazu hat jedoch dem Vernehmen nach eine Unterredung des thüringischen Finanzministers mit Staatskommissar Maerker gegeben, die bereits am Freitag stattfand und in der dem Staatskommissar mitgeteilt wurde, daß das Ministerium am Montag zum Ergebnis der Revision Stellung nehmen würde. Gegenüber anderslautenden Meldungen wird erklärt, daß für die Entlassung maßgebend lediglich die durch die Revision aufgedeckten Verfehlungen gewesen seien, über welche später die Öffentlichkeit noch eingehender unterrichtet werden wird. Im übrigen wird festgestellt, daß bei der ganzen Frage keinerlei Momente zum Vorschein gekommen sind, welche die Kreditfähigkeit der Staatsbank irgendwie beeinflussen könnten. (!)

Der Kampf um die Zölle.

Zwiespaltige Haltung des Reichswirtschaftsrats.

Der Wirtschaftspolitische Ausschuss des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich gestern auf Grund der Reichsregierung mit Fragen des neuen deutschen Zolltariffs. Nach eingehender allgemeiner Aussprache wurde ein aus 18 Mitgliedern bestehender Arbeitsausschuss gebildet, der die einzelnen Zolltariffpositionen unter Hinzuziehung von Sachverständigen bearbeiten und der Reichsregierung Richtlinien für die beginnenden Handelsvertragsverhandlungen geben soll. Gleichzeitig wurde folgende Entschließung zur sofortigen Weitergabe an die Reichsregierung angenommen:

„Die internationale Handelspolitik ist seit Beendigung des Krieges in vielen Ländern zum System des Hochschutzes übergegangen. Dieses System widerspricht den Notwendigkeiten eines internationalen Warenaustausches. Es hat die Konsumkraft des Weltmarktes verringert und die Arbeitslosigkeit in allen Län-

dern gefördert. Die Beförderung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen erfordert, daß dieses Hochschuttsystem wieder verlassen wird zugunsten einer Handelspolitik, die im Sinne der einstimmig gefaßten Beschlüsse der Konferenz von Genoa den internationalen Warenaustausch erleichtert.

Dementsprechend fordert der Reichswirtschaftsrat, daß die Reichsregierung bei den kommenden Handelsvertragsverhandlungen nach wie vor von einem mächtigen Zollschuttsystem ausgeht. Der Reichswirtschaftsrat ist ferner der Auffassung, daß die Frage der freien Kontingente bei den Verhandlungen grundsätzlich auszuschalten ist.

Die Grundlage der Handelsverträge muß wie vor dem Kriege die allgemeine unbedingte Meistbegünstigung bilden.

Die Regierung wird aufgefordert, mit größter Beschleunigung einen als Grundlage für die Handelsvertragsverhandlungen geeigneten neuen, sorgfältig abgeklärten Zolltariff auf Grund des neuen Zolltariff-Schemas und unter Mitwirkung des Reichswirtschaftsrats auszuarbeiten.

Die Reichsregierung wird, solange es nicht möglich ist, diese neue gesetzliche Grundlage zu schaffen, zu prüfen haben, ob die für die deutsche Volkswirtschaft notwendigen Maßnahmen vorläufig auf Grund des § 10 des Zolltariffgesetzes oder des § 7 der Reichsabgabenordnung getroffen werden können und ob es nicht empfiehlt, in diesem Falle sich für die nächste Zeit mit kurzfristigen Abkommen zu begnügen.“

Die Wahlen in Schweden.

Gesamtresultat nicht vor Freitag. — Wahlbeteiligung bis zu 70 Prozent.

Stockholm, 23. September. (Eigener Drahtbericht.) In Schweden ist im Süden des Landes Freitag und Sonnabend, in Stockholm und den übrigen Wahlkreisen am Sonntag gewählt worden. Die Wahltag stand unter dem Zeichen stärkerer Wahlbeteiligung, besonders in den Industriestädten Stockholm, Walmö, wo gegenüber 45 Proz. im Jahre 1921 bis zu 70 Proz. wählten. In den Bauernbüdörfern dagegen ist die Wahlbeteiligung sehr schwach geblieben, so daß mit einem günstigen Fortgang der Sozialdemokratie gerechnet werden kann. Infolge des umständlichen Auszählungsverfahrens ist das endgültige Resultat kaum vor Freitag zu erwarten.

In Göteborg ist die Parteikonstellation unverändert geblieben. Es sind gewählt 5 Sozialdemokraten, 3 Konservative, 1 Liberaler.

Der Wahlsieg in Dänemark.

Das sozialdemokratische Programm: Mit den Bauern gegen Reaktion und Rüstungswahn.

Kopenhagen, 23. September. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstag erfolgte die Wahl der neuen Landstingabgeordneten durch die am vorigen Dienstag gewählten Wahlmänner. Die Wahlen brachten der Sozialdemokratie den erwarteten Gewinn von drei Mandaten, andererseits aber infolge einer Überreaktion, als die Radikalen das zweifelhafte Mandat in Kordjüland durch eine kleine Familienstreitigkeit der Rechtspartei, die zur Auflösung des Mandats führte, gewinnen. Die Parteikonstellation im Landsting ist nun folgende: 25 Sozialdemokraten, 31 Venstre, 12 Konservative, 8 Radikale.

Tagung der Auslandshandelskammern

Neben Eberts und Stresemanns.

Die Vertreter der deutschen Handelskammern im Auslande und sonstiger wirtschaftlicher Interessengruppen jenseits der Grenzen sind zu einer Tagung in Berlin eingetroffen, der ersten dieser Art. Im Hotel Esplanade fand eine Begrüßungsfeier statt, die den Auftakt zu den Beratungen dieser Tage bildete. Mit warmen Worten begrüßte der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Franz v. Mendelssohn, die aus dem Auslande erscheinenden Gäste und die Vertreter der Behörden des Reiches und der Länder, die sich zusammengefunden hatten. Er wünschte, daß die gemeinsamen Beratungen dazu beitragen, das zwischen Auslandsdeutschen und Heimat bestehende Band unbedingter Zusammengehörigkeit fester zu gestalten.

Nach ihm ergriff der Reichspräsident Ebert das Wort zu einer Begrüßungsansprache, in der er ausführte:

Mit besonderer Freude bin ich Ihrer Einladung zum heutigen Abend gefolgt. Denn ich begrüße es aufrichtig, daß der Deutsche Industrie- und Handelstag die Vereinigungen, die sich die Auslandsdeutschen zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen geschaffen haben, zu einer Tagung und Beratung in die Heimat lud. Mit warmen Worten hat der Herr Präsident des Industrie- und Handelstages die Herren willkommen gelassen, die als die hervorragenden Vertreter ihrer Handelskammern und zugleich des Deutschtums im Auslande dem Ruf hierher so zahlreich Folge geleistet haben. Namens des Deutschen Reiches, namens des Deutschen Volkes heiße auch ich Sie in der Heimat von Herzen willkommen. Das deutsche Volk dankt es Ihnen, daß Sie aus dem Auslande, auch aus fernem Weltteilen erschienen sind, um mit der Heimat in dieser für Deutschlands Zukunft richtunggebenden Zeit über die schweren Aufgaben zu beraten, die vom deutschen Volke zu lösen sein werden.

Ihr Erscheinen verleiht das starke Gefühl der Zusammengehörigkeit, das die Auslandsdeutschen mit dem Reiche verbindet. Das deutsche Volk dankt Ihnen aber auch für alles, was Sie draußen als Pioniere und Ritter deutscher Arbeit für die Heimat getan und geleistet haben; die Heimat wird es nicht vergessen, wie die durch Krieg und Nachkriegszeit schwer betroffenen deutschen Kaufleute im Auslande mit ungebrochener Willenskraft sofort wieder ans Werk gegangen sind, zerstörtes wieder aufzubauen und neue Pfaden anzuknüpfen. Seien Sie versichert, die aufrichtigsten Wünsche des deutschen Volkes begleiten Sie, unsere Volksgenossen jenseits der Grenzen, bei diesem Werke, ihm und Ihnen wünschen wir den besten Erfolg, auf daß der deutsche Kaufmann im Auslande bald wieder die Stelle einnimmt, die er vor dem Kriege innehatte und die der Bedeutung unserer Wirtschaft entspricht. Wenn ich an diesen Wunsch auch eine Meinung knüpfen darf, so ist es die, daß jeder Deutsche, der im Auslande wirkt, auch die Verpflichtung gegen sein Volk und seine Heimat in sich fühlen möge, durch seine Handlungen Zeugnis davon abzulegen, daß das heutige Deutschland, trotz seiner Not, mit Recht Anspruch auf Vertrauen erhebt. Im Bewußtsein dieser Pflicht werden die Deutschen im Auslande ihrer Nation, ihrem schwer ringenden Volke am besten dienen.

Dieses Vertrauen im Auslande wie das gegenseitige Vertrauen der Auslandsdeutschen mit der Heimat sind erforderlich, um die harten Notwendigkeiten zu ertragen und die schwere Arbeit zu erleichtern, die erforderlich ist, um die im Londoner Abkommen übernommenen schwereren Verpflichtungen zu erfüllen. Die Erfüllung dieser Pflichten aber setzt voraus, daß Deutschland wieder wie früher an der Weltwirtschaft teilnimmt. Unter den Kräften, die in dieser Richtung wirken und die wirtschaftliche Weltbetrachtung antreiben, sind die Auslandshandelskammern zu wichtiger Mitarbeit berufen. Sie werden die wirtschaftlichen Auslandsbeziehungen ausbauen helfen und dazu beitragen, daß der

Gedanke weltwirtschaftlicher Zusammengehörigkeit und Gleichberechtigung aller Völker

vertieft und nützlich für alle gestaltet wird. So gibt der tiefe Sinn Ihrer Tagung Anlaß, dem Deutschen Industrie- und Handelstag und seinem Präsidenten für diese Veranstaltung herzlich zu danken. Möge die Tagung reich sein an Anregungen und Gewinn zum Besten aller Deutschen drinnen und draußen, zum Besten des Vaterlandes und seiner Zukunft. Mit diesem Wunsch heiße ich Sie nochmals herzlich willkommen in der Heimat!

Nach dem Reichspräsidenten nahm Stresemann das Wort: Einleitend gab er seiner Freude darüber Ausdruck, die Vertreter der Auslandshandelskammern in der Heimat begrüßen zu können und erklärte:

„Nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in nationaler Beziehung kommt den Auslandshandelskammern große Bedeutung zu, denn sie stehen draußen in der Welt auf schwerem Boden. Der Krieg und die Folgezeit haben weite Kreise des deutschen Volkes um Hab und Gut gebracht. Trotz der Konsolidierung unserer Währung ist es nicht gelungen, in diesen Kreisen, namentlich für die Auslandsdeutschen einen Ausgleich zu schaffen. Trotz alledem wird an dieser Aufgabe intensiv gearbeitet, wenn auch freilich die letzte Entscheidung hierüber nicht von uns, sondern zum guten Teil vom Ausland abhängt. Vielleicht ist das Londoner Abkommen auch in dieser Frage eine gewisse Grundlage, um sie in angemessener Weise zu regeln. Langsam und

Allmählich beginnt jetzt der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft

und es beginnen die jetzt so wichtigen Handelsvertragsverhandlungen. Ich bin der Ansicht, daß im Laufe der letzten Jahre und auch in wirtschaftlicher Beziehung dem Auslande nichts so geschadet hat, als die Unsicherheit, die über uns schwebte, die die Initiative des Kaufmannes restlos lähmte. Trübt sich der, der glaubt, daß uns das Londoner Abkommen mit seinen ständig steigenden Lasten nicht noch Schwereres auferlegen wird. Das Kostliche, was uns in dieser schweren Zeit geblieben ist, die Aufgabe, wiederaufzubauen. Es ist das ehrenvollste Werk, die einem Volke in schwerster Not beschieden sein kann. An dieser nationalen Arbeit sollen auch Sie teilnehmen und uns helfen. Unsere politische Macht ist nur gering. Aber nicht gefestigt Hauptes brauchen wir durch die Welt zu geben. Das Wort des Großen Kurfürsten: „Sei stolz, daß Du ein Deutscher bist“, gilt für uns in ganz besonderer Weise. Wir kämpfen auch um die Konsolidierung im Innern des Reiches. Lassen Sie sich in den Kampf der Parteien nicht hineinziehen. Es darf im Ausland nur ein geschlossenes Deutschland geben. Was wir in der Heimat hier gesehen, was hier gelitten ist, muß darauf zurückgeführt werden, daß man unserem Volke das Schwerste zuemutet hat. Ich hoffe, daß wir auch im Innern zu einer Konsolidierung kommen werden und auf ihr wollen wir das Reich wieder aufbauen. Wir, die wir das alte Reich noch in keinem Glanz gekannt, sind die Aushalter derer gewesen, die Deutschland aufgebaut haben und wir haben die heilige Pflicht, der Sämann für unsere Enkel und Urenkel zu sein, die hoffentlich wieder einmal das Glück haben werden.

Deutschland wieder einmal groß und glücklich zu leben.

Unsere Aufgabe ist es, den Samen zu legen und zu arbeiten im Vertrauen auf die Zukunft des Reichs. Lassen Sie uns alle aufbauen und mitarbeiten für die große deutsche Kulturgemeinschaft! (Langanhaltender großer Beifall.)

Nach der Rede Stresemanns sangen die Anwesenden stehend das „Deutschlandlied“.

Gewerkschaftsbewegung

Produktion und Lebenshaltung.

Die führenden Unternehmer bemühen sich um den Nachweis, daß sie gezwungen seien, die Produktion wesentlich zu verbilligen, um ihre Produkte wieder auf den Weltmarkt zu bringen, und daß die Arbeiter deshalb den Riemen enger schnallen, auf den — „schweißigen“ — Achtstundentag wie auf soziale Maßnahmen und ordentliche Löhne verzichten, mehr und länger arbeiten müssen. Demgegenüber so lange, bis der Wirtschaftskrieg mit der ausländischen Konkurrenz beendet sei. Auch Dr. Karl Friedrich v. Siemens vertritt in seinen Betrachtungen über Produktion und Lebenshaltung in Nr. 18 des „Arbeiterboten“ diesen Gedanken, wobei er gegen die Gewerkschaftsführer schwere Vorwürfe erhebt, weil sie die Auffassung vertreten, daß die Lebenshaltung der Arbeiter nicht noch tiefer gedrückt werden darf, die Verbilligung und Vermehrung der Produktion vielmehr von der technischen Seite aus betrieben werden soll.

Die Polemik der Unternehmer geht von einer grundsätzlichen Voraussetzung aus. Die führenden Männer der Industrie mögen auf ihren besonderen Gebieten noch so weit bewandert, mit Wirtschaft und Technik vertraut sein, es fehlt ihnen jedoch die Kenntnis von der Lebenshaltung der Arbeiter. Sie verfolgen sicherlich die Tendenz, die sonstigen statistischen Aufzeichnungen, doch machen sie sich offenbar keine Gedanken darüber, wie es die Arbeiter bewerkstelligen, ihre Familien zu ernähren, ihre Kinder etwas lernen zu lassen, wie es um ihr Familienleben bei langer Arbeitszeit und niedrigem Einkommen bestellt ist, wie sich der Arbeiterhaushalt bei längerer Kurzarbeit oder gar längerer Arbeitslosigkeit gestaltet, wie es dem Arbeiter möglich sein soll, bei seinem Lohneinkommen einige Ersparnisse zu machen für die vielen Besessenen seines Lebens. Daran frant die ganze Diskussion darüber, wie es möglich sei, „die nützliche Reibungsarbeit im Innern auf das möglichst geringe Maß zu beschränken“. Daher auch die falsche Einstellung in Unternehmerkreisen, die Lebenshaltung der Arbeiter könne noch wesentlich heruntergefahren werden. Die Unternehmer verschließen sich absichtlich dem Einblick in das Arbeiterleben, weil sie glauben, darüber hinweggehen zu müssen, um in der Verfechtung ihrer Interessen nicht von gefühlsmäßigen Umwandlungen behindert zu sein. Sie sehen gewisse Auswüchse, die sie der großen Masse vorhalten, das Leben der Arbeiter selbst aber ist ihnen ein unbekanntes Land.

Wenn die große Masse der Arbeiter über die Verhältnisse der einzelnen Betriebe, über die gesamte gegenwärtige Lage der Industrie keinen richtigen Ueberblick hat, so ist das weniger schlimm, weil übertriebene Vorstellungen in dieser Beziehung durch die Praxis korrigiert werden. Herr v. Siemens behauptet zwar:

„Wir Arbeitgeber haben kein Interesse, den Lohn zu drücken, wir wissen, daß eine zufriedene Arbeiterschaft auch bessere Leistungen herbeiführt, die dem Unternehmen auch zugute kommen. Wir möchten auch, daß es der eigenen Arbeiterschaft womöglich besser geht als der anderer Unternehmungen, daß sie sich stolz fühlen, einer bestimmten Arbeitsgemeinschaft anzugehören, denn dadurch wächst die Arbeitsruhe, das Verantwortungsgelbst und mit ihr die Qualität der Produktion, die Grundlage für fortschreitendes Gedeihen des Unternehmens.“

Ist das auch Theorie, so ist es doch eine vernünftige Theorie, die hier im Verderb zum Ausdruck kommt. Die Schlussfolgerung daraus bezüglich der Arbeiterschaft im einzelnen Betriebe, können wir uns jedoch ebenfalls wenig zu eigen machen, wie es etwa die Vereinigung der deutschen Arbeitgeber tut. Allein Herr v. Siemens geht darin noch weiter und kommt damit zum Kernpunkt seiner Ausführungen, an Stelle der Arbeiterschaft als Basis der Volksgemeinschaft zu setzen oder doch die Volksgemeinschaft als Grundlage einer allgemeinen Arbeiterschaft zu schaffen. Er fährt fort:

„Das ist der gesunde Kern, der dem Gedanken der Volksgemeinschaft zugrunde liegt, den unsere amerikanische Konkurrenz in so herausragendem Maße zu pflegen weiß. Daher Lohn ist meist gleichbedeutend mit hohem Verdienst des Unternehmers. Aber der hohe Lohn muß entstehen aus hoher Arbeitsleistung. Es ist daher (1) das gemeinsame Interesse von beiden in der Wirtschaft tätigen Teilen, all die Faktoren auf ein Mindestmaß herabzusetzen, die den produktiven Lohnanteil schmälern müssen, das sind in erster Linie die heute die Industrie in Deutschland erdrückenden unproduktiven Ausgaben. Aber in diesem in erster Linie den Arbeitnehmern zugute kommenden Kampf haben die Unternehmer keine Unterstützung der Gewerkschaften gefunden.“

Was Herr v. Siemens als unproduktive Ausgaben betrachtet, sagt er im einzelnen nicht, doch an anderer Stelle führt er aus:

„Der stärkste Abbau sozial gedachter, unsozial wirkender Maßnahmen, die größte Ernüchterung der Getauschten muß helfen, den Unterschied in den Produktionskosten gegen früher zu verringern, ganz ausgleichend wird er ihn nicht.“

Ein Mann wie Siemens müßte sich selber sagen, daß es von den Gewerkschaften denn doch zuviel verlangt ist, die Unternehmer in dem Abbau der ganzen sozialen Schutzmaßnahmen zu unterstützen. Die deutschen Arbeiter hatten in der Inflationsperiode den denkbar eindringlichsten Unterricht darüber, daß es nicht auf die Höhe des Nominallohnes ankommt, sondern auf die des Reallohnes. Der Gedanke der Sozialversicherung und des Arbeiterschutzes aber hat in Deutschland derart Wurzeln geschlagen, daß er nicht mehr auszurotten ist. All die „unproduktiven Ausgaben“ sind notwendig zu einer Sicherung für die aus irgendeiner „Volksgemeinschaft“ ausschließenden Arbeitnehmer und ihre Familien. Diese Sicherung um einen oder mehrere Pfennige erhöhten Stundenlohn aufzugeben, wäre Selbstbetrug.

Man mag die Dinge drehen und wenden wie man will, es bleibt der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, der nicht verdrängt werden kann, sondern ausgeglichen werden muß. Es dreht sich lediglich um die Formen, in denen dieser aus vielen Einzelkämpfen sich zusammenschließende Kampf geführt wird. Gewiß ergeben sich unter bestimmten Verhältnissen gemeinsame Berührungspunkte. Doch solange der deutschen Arbeiterschaft immer wieder zum Vor-

wurf gemacht wird, sie arbeite nicht genug, weil sie am Achtstundentag festhalten will, solange ihre heutige, doch wirklich bescheidene Lebenshaltung bedroht ist, uns immer wieder bedeutet wird, sie müsse noch geringer werden, solange der größte Teil der Unternehmer in dem Lohn lebt, die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter könne unbedenklich noch ganz erheblich herabgedrückt werden, so lange wird auch eine Verständigung über die Punkte erschwert, über die sie sonst möglich wäre. Es ist schon schwer, von dem, der Ueberflut hat, durch gutes Zureden zu erreichen, daß er im Interesse der Gesamtheit auf einen Teil seines Ueberflusses verzichtet. Doch ist es aussichtslos, von dem, der kaum das Notwendigste hat, zu fordern, er solle noch auf weit mehr verzichten und dafür länger arbeiten. Das ist vielleicht durch wirtschaftliche Gewalt vorübergehend zu erzwingen. Der Arbeiterschaft und ihren

Postabonnenten

welche die Erneuerung des Abonnements für Oktober noch nicht vorgenommen haben, müssen noch heute das Versäumte nachholen, wenn keine Unterbrechung in der Zustellung der Zeitung erfolgen soll

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Gewerkschaften muß wohl oder übel gestattet sein, sich dagegen zu wehren. Auch die Gewerkschaften haben kein Interesse an „nutzloser Reibungsarbeit“. Ziel nutzlose Reibungsarbeit wird vermieden, wenn die Unternehmer endlich von der Auffassung abgehen, die Arbeiterschaft müsse die ganzen Lasten der Kriegsfolgen tragen und obendrein mit weit ungünstigeren Lohn- und Arbeitsbedingungen vorlieb nehmen, damit die deutschen Unternehmer billige Produkte auf den Weltmarkt bringen können, „den wirtschaftlich arbeitenden Kapital wieder eine Rente zu geben“ und zu einer „wenn auch noch so bescheidenden Neubildung von deutschem Kapital zu kommen“. Wenn nur der niedrigste Preis auf dem Weltmarkt entscheidend wäre, müßte der deutsche Arbeiter das Rennen als zwecklos aufgeben. In Wirklichkeit entscheidet die Qualität. Wir stimmen nach allem Herrn v. Siemens darin bei:

„Nur ein einigermaßen zufriedener Mensch, der von wirtschaftlichen Sorgen nicht geplagt ist, kann sich soweit konzentrieren, daß er intensive Arbeit zu leisten imstande ist.“

Zur Berechnung des Notstandsarbeiterlohns.

Das Arbeitsministerium hat zu seiner Anordnung vom 20. August (siehe „Vorwärts“ Nr. 428, S. 4) eine Erläuterung herausgegeben, wonach bei der Feststellung des Lohnes der Tarif- oder der Verwaltungsarbeiter, aus dem (mit 70 Proz.) der zulässige Höchstlohn der Notstandsarbeiter zu berechnen ist, auch die Familienzuschläge mitzuzurechnen sind. Danach sind es in unserem Beispiel nicht 13,99, sondern 17,39, mit Leistungsprämien „fogar“ 19,19 W., die verdient werden dürfen. Das sind nicht 56, sondern wirklich 70 und mit Leistungsprämien 77 Proz. des Lohnes eines Verwaltungsarbeiters mit gleichem Familienstand. Das Verhältnis zum Tariflohn des Arbeiters der freien Wirtschaft ändert sich entsprechend. Doch werden, da stets der niedrigere Lohn, das ist in der Regel der des Verwaltungsarbeiters, der Berechnung zugrunde gelegt wird, zumist weniger als 70 Proz., in unserem Beispiel (wenn, wie gewöhnlich, im Tarif keine Familienzulagen vorgesehen sind; sonst wäre der Prozentfuß noch niedriger) nur 60, mit Leistungsprämien 66 Proz. des Tariflohnes verdient. Dabei nicht zu vergessen ist, daß der Tarif zumist nur Mindestlöhne vorfleht, die, zumal bei Akkordarbeit, häufig überschritten werden. Der Unterschied von dem wirklich verdienten Arbeitslohn ist also für gewöhnlich noch größer, so daß wir an unserem grundsätzlichen Urteil über diese Regelung nichts zu ändern haben.

Tarifbewegung im Berliner Verkehrsgewerbe.

Zwischen der Direktion der Allgemeinen Berliner Omnibus-K.G. und dem Deutschen Metallarbeiterverband als Vertreter der technischen Angestellten und dem Deutschen Verkehrsband als Vertreter des Fahrpersonals, fanden gestern mehrstündige Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss Groß-Berlin statt. Es kam jedoch noch zu keiner endgültigen Einigung, so daß die Fortsetzung der Verhandlungen auf Donnerstag vormittag vertagt wurde; man hofft, an diesem Tage einen Schiedsspruch zu erzielen.

Boykott gegen entlassene Arbeiterinnen.

Ueber einen Konflikt, der seit dem 12. September in der Kartonfabrik von Reihner u. Co. besteht, wurden in einer Verhandlung vor dem Gewerbegericht folgende Tatsachen festgestellt: Die Betriebsleitung teilte den Arbeiterinnen mit, daß sie den Akkordlohn, der bisher gezahlt wurde, herabsetze. Die Arbeiterinnen weigerten sich, zu dem herabgesetzten Lohn zu arbeiten und leiteten durch ihren Vertreter Verhandlungen mit der Firma ein, die sich während eines ganzen Tages hinzogen, aber nicht zu einer Verständigung führten. Am Abend desselben Tages erklärte die Firma sämtliche Akkordarbeiterinnen — es sind 44 — als entlassen. Seitdem sind nur noch einige Lohnarbeiter im Betriebe beschäftigt. Im übrigen ruht die Arbeit.

Die Firma Reihner u. Co. teilte den Vorfall dem Schutzverband Berliner Kartonfabriker mit und dessen Syndikus verhandelte an die Verbandsfirmen eine Boykott-erklärung gegen die Entlassenen durch ein Rundschreiben folgenden Inhalts:

„Bei unserer Verbandsfirma Reihner u. Co. ist ein wilder Streik ausgebrochen, bzw. ein Teil der Belegschaft mußte wegen Arbeitsverweigerung fristlos entlassen werden.“

„Indem wir Ihnen unten die Namen der Entlassenen mitteilen, ersuchen wir Sie, bis auf weitere Nachrichten keine der genannten Arbeiterinnen einzustellen.“

Obgleich es die Firma mit der Entlassung der Arbeiterinnen sehr eilig hatte, konnte sie ihnen die Papiere erst zwei Tage nach der Entlassung ausbilden, angeblich, weil das Kontorpersonal in angelegter Arbeit keine Zeit brauchte, um die Papiere fertig zu machen. Mit der Klage fordern die Entlassenen Zahlung des Lohnes für die beiden Tage, weil sie ohne Papiere keine neue Arbeit antreten konnten. Das Gericht kam noch nicht zu einer Entscheidung, da in einem späteren Termin Beweis erhoben werden soll über die Behauptung der Firma, die Entlassenen hätten sofort bei der Entlassung eine Arbeitsbescheinigung bekommen können, wenn sie eine solche verlangt hätten.

Internationales Statut für Seeleute.

Aus Genf meldet WTB: Die vom Internationalen Arbeitsamt nach San Sebastian einberufene paritätische maritime Kommission, die aus Vertretern der Reederei und der Seeleute und zwei Mitgliedern des Verwaltungsrats des Arbeitsamts besteht, hat ihre Arbeiten abgeschlossen. Die Kommission befaßte sich mit der Vorlage eines internationalen Statuts für Seeleute, das das Internationale Arbeitsamt entsprechend einem Beschlusse der Genießer Konferenz zu bearbeiten hat, und beschloß, die Frage der Kontraktabschlüsse, sowie der Disziplinarbestimmungen, sowie die Arbeitskontrolle an Bord auf die Tagesordnung der Arbeitskonferenz zu legen. Dagegen konnte darüber, ob auch die Frage der Arbeitszeit an Bord auf die Tagesordnung gesetzt werden solle, keine Entscheidung getroffen werden, da die Meinungen der Reederei und der Seeleute über diesen Gegenstand nach wie vor auseinandergehen. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts wird sich mit dieser Frage befassen.

Der internationale Kongress für Sozialpolitik.

(W.B.) Der vom 2. bis 6. Oktober in Prag stattfindende Kongress für Sozialpolitik verspricht einen interessanten Verlauf. Auf der Tagesordnung steht u. a.:

Die Weltlage der Sozialpolitik.

Ueberblick der Erzeugnisse seit 1897 auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes, des Schutzes gegen Arbeitslosigkeit, der Sozialversicherung. Die Gegenwart: Ursachen des sozialpolitischen Stillstandes; Mittel, die internationalen Arbeiterschutzeinrichtungen ihrer Verwirklichung entgegenzuführen; Mittel, die Länder mit fortgeschrittener Sozialgesetzgebung gegen die Konkurrenz rückständiger Länder zu schützen.

Grundlagen einer neuen Sozialpolitik.

Erste Frage: Der Achtstundentag, seine wirtschaftlichen, moralischen und sozialen Wertungen. Die Förderung der persönlichen Kultur, des Familien-, Berufslebens und der politischen Schulung der Arbeiter.

Zweite Frage: Mitverantwortung und Mitspracherecht der Arbeiter in der technischen, wirtschaftlichen und sozialen Betriebsführung.

Dritte Frage: Verpflichtungen der Gesellschaft auf dem Gebiete der Reisen, insbesondere zur Verhütung der Arbeitslosigkeit.

Für die Kongreßteilnehmer wurden verschiedene Erleichterungen geschaffen. So haben eine Reihe von Ländern, wie die Tschechoslowakei, Österreich und Deutschland, sich bereit erklärt, Grats-Bla auszustellen. Ferner wird den Teilnehmern auf den Eisenbahnen in der Tschechoslowakei eine 50proz. Ermäßigung gewährt.

Diese Erleichterungen gelten auch für die Teilnehmer der vom IGB. einberufenen Wanderungskonferenz, die am 29. September im Abgeordnetenhaus in Prag stattfindet, da diese gleichfalls als Teilnehmer des Kongresses für Sozialpolitik betrachtet werden.

Achtung, Korbmacher! Seit dem 22. September stehen die Korbmacher der Firma J. Lorenz, Spänerberg, Werleburger Straße 3, im Schlichtungsausschuss. Die Firma hat Lohnkürzungen vorgenommen. Da die Firma versucht, die Löhne nach anderen Orten — Pilsen und Coburg — zu verlegen, ist Aufmerksamkeit der Korbmacher im Reich geboten. Zugzug nach Berlin ist fernzubalten.

Erhöhung der Streikunterstützung im Fabrikarbeiterverband.

Der Streik der Fabrikarbeiterorganisationen des Unternehmers: „Zerstört die Gewerkschaften“, ist wirkungslos verhallt. Verhält ist auch das Geschehen ihrer freiwilligen kommunistischen Bundesgenossen von dem Zusammenbruch der Gewerkschaften. Aus allen Organisationen kommen Nachrichten, daß es wieder aufwärts geht, daß die organisatorischen Folgen der Inflation- und Wirtschaftskrisen überwunden sind. Der Vorstand des Fabrikarbeiterverbandes hat beschlossen, die Streikunterstützung um 50 Proz. ab 1. Oktober zu erhöhen, so daß sie pro Woche noch 52 geleisteten Wochenbeiträgen das 15fache des Wochenbeitrages beträgt. Weiter wurde auch eine Herabsetzung der Wartezeit, die infolge der Inflationserwartungen notgedrungen eingeführt werden mußte, beschlossen. Der Fabrikarbeiterverband hat in diesem Jahre fast 1.000.000 Goldmark für Unterstützung von Streiks und Lohnbewegungen aufgewandt.

Der Hafenarbeiterstreik in Danzig dauert jetzt sieben Wochen. Die dieser Tage vorgenommene Abstimmung über das Angebot der Unternehmer wurde mit 1540 gegen 132 Stimmen abgelehnt. Da die Frage nach Fortdauer des Streiks oder Beendigung gestellt worden war, ist das Abstimmungsverhältnis die beste Antwort auf die Meldung der deutschen Reberzeitungen, daß der Danziger Hafenarbeiterstreik „kurz vor dem Zusammenbruch“ stünde. Der Streik aus Polen und Danzig — Saisonarbeiter und Studenten — kann die eingepreiteten Kräfte der sich gegen einen Lohnabbau wehrenden Streikenden nicht ersetzen. Der Allianz der reichsdeutschen und Danziger Hafenbetriebsunternehmer und den polnischen Regierungsgenossen steht die geeinte Kraft der um ihr nacktes Dasein ringenden Danziger Hafenarbeiter gegenüber. Die Kämpfenden gehören alleamt dem Deutschen Verkehrsband und dem christlichen Transportarbeiterverband an.

Benanntlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Heinz Sauer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Sozialpolitik: Dr. John Galkowski; Soziale und Sonstige: Fritz Kersch; Anzeigen: Th. Gode; Vertrieb in Berlin: Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Stadt: Socemäris-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2, 3. Stock 2. Telefon.



Hühneraug' auf Zeh' und Sohl'
Wirst du los durch Lebewohl!

In Drogerien und Apotheken. Verlangen Sie ausdrücklich „Lebewohl“ mit Filzring.

KRESSIN

MOHAR 58
in Blechpackung

Die Marke des
Qualitätsrauchers



ZIGARETTEN

MOHAR 88
LUXUS

Die Marke des
Feinschmeckers

Schlechte Zeiten für Einbrecher.

Die Beratungsstelle zum Schutze gegen Einbruch und Diebstahl.

Der Tod des Wächters, der kürzlich, wie gemeldet, durch einen Selbstschuß getötet wurde, bietet Anlaß, das ganze Problem des erteilten und erfolgreichen Selbstschutzes gegen Einbrecher aufzurollen. Wird dieser Selbstschuß nach allen Regeln der technischen Wissenschaft durchgeführt, so wird dem Staat viel Geld und der Kriminalpolizei viel Arbeit erspart. Auch der Einbrecher wird vor Versuchungen und Verlockungen, sich an fremdem Eigentum zu vergreifen, gewarnt und so vor dem Gefängnis bewahrt. Die vornehmste Pflicht der Behörden im Kampf gegen das Verbrechen und die Verbrecher lautet deshalb: vorbeugen. Diese Aufgabe erfüllt in hohem Maße die Beratungsstelle gegen Einbruch und Diebstahl beim Polizeipräsidium Berlin.

Der Umfang ihrer Tätigkeit

wird durch die wirtschaftlichen und sittlichen Folgen des Krieges bestimmt: Sie hatten zu einem unerhörten Umsichgreifen von Einbruchdiebstählen geführt. Da erging ein Erlaß des Ministers des Innern, am Polizeipräsidium Berlin und an sämtlichen Polizeiverwaltungen der Provinz Beratungsstellen gegen Einbruch und Diebstahl einzurichten. Ihre Aufgabe sollte sein: Erteilung von fachdienlichen Ratsschlägen über die zu ergreifenden sichernden Maßnahmen gegen Einbruch an Privatpersonen und Behörden, Unterweisungen und Aufklärung über die Sicherheitsmaßnahmen wie der Beamten, und der breiten Masse der Bevölkerung durch die Presse, durch Vorträge, Filme, Merkblätter usw. In Erfüllung dieses Erlasses wurde im Polizeipräsidium, Eingang Ecke Dirschstrasse, Zimmer 86, eine Beratungsstelle eingerichtet, die mit einer Ausstellung aller in Frage kommenden Sicherheitsmittel verbunden ist. Das erste Jahr zählte 25 000 Besucher. Zwischen der Stelle und der Firmen begann eine Zusammenarbeit. Fabriken und Erfinder unterbreiteten ihre Modelle von Diebesicherungen zur Prüfung. Es entstand ein Wettbewerb in der Vervollkommnung der Schutzmittel, in erster Linie der Schlösser. Die wenig tauglichen, die leicht zu öffnenden, fanden überhaupt keine Aufnahme, die vor der Technik der Herren Diebe überholt wurden kassiert. Das Publikum gewöhnte sich allmählich daran, gute Schlösser anzuschaffen, auch von billigen elektrischen Alarmanlagen Gebrauch zu machen. Allerdings bildete die Verleumdung der Waffen ein großes Hindernis zur weiteren Ausbreitung der Sicherungen gegen Einbruch, desgleichen auch der oft in hohem Maße vorhandene Unverständnis: So mancher kommt zur Beratungsstelle, nachdem ihm das Wenige, was er besitzt, gestohlen ist. Der Dieb macht leider auch vor proletarischen Behausungen nicht halt. Trotzdem ist die Zahl der Einbrüche dank der Sicherungen im ständigen Rückgang begriffen. Es gibt in der Hauptsache drei Arten von Sicherungseinrichtungen: chemische, mechanische und elektrische.

Selbstschüsse.

Die am wenigsten erfolgreichen sind die Selbstschüsse, die zu den chemischen Sicherungsmitteln gehören. Laut § 367 Abs. 8 StGB. ist es gestattet, Selbstschüsse mit Erlaubnis der Behörden zum Schutze des Eigentums anzulegen; eigenmächtig Handeinde drohen gewisse Geld- oder Haftstrafen. Das Gesetz sagt nichts darüber, ob es sich dabei um Schreckschüsse mit Pulverladung, oder auch um scharfe Ladungen handeln darf. Das Gesetz hält sich aber an den Text des Gesetzes. Die Polizei dagegen warnt in jedem einzelnen Falle vor Anlegung von scharf geladenen Selbstschüssen; sie bilden eine Gefahr, nicht allein für die Hausierer und Hausgenossen, sondern auch für sonstige Personen. Die alarmierte Feuerwehr, das herbeigeeilte Ueberfallkommando kann bei verfehlter Entschärfung Opfer der Selbstschüsse werden; der Eigentümer würde sich dann wegen fahrlässiger Tötung zu verantworten haben. Im Falle des eingangs erwähnten Wächters kam das Gericht bekanntlich zum Freispruch, weil der Wächter die Lage der Selbstschüsse gekannt haben soll; der Wächter war eben tot und konnte natürlich vom Senats der Behauptung keine Hefts nicht widerlegen. Die Selbstschüsse bestehen aus einem kurzen Metallrohr, einem Schußbolzen und einer Einrichtung mit Abzug. Sie werden nach Art eines Gewehres geladen, der Abzug steht mit gespannten Fäden in Ver-

bindung, bei deren Berührung der Schuß ausgelöst wird. Die Selbstschüsse werden entweder im Hofe, im Garten oder im Zimmer, auch direkt an der Tür angebracht. Und doch müßte schon ein besonders glücklicher Zufall obwalten, damit der Uebelthäter unschädlich gemacht wird. Als Abschreckungsmittel oder zu Alarmzwecken könnten sie schon eher dienen. Doch da gibt es viel wirksamere Mittel. Die Frage, ob es berechtigt sei, sich Sicherungen zu bedienen, die den Tod des Einbrechers zur Folge haben können und auch eine Gefahr für harmlose Menschen vorstellen, ist den Behörden auch entgegengetreten, als eine Firma den Vorschlag machte, elektrische Sicherungen von so starker Spannung herzustellen (220 Volt), daß die Berührung der elektrischen Drähte eine Verbrennung, ja selbst den Tod herbeiführen müßten. Dieser Antrag ist ab-



Alarmruf des Grammophons in das Telefon.

schlägig beschieden worden: solche Drähte würden, abgesehen von anderem, eine große Gefahr bei einem etwa ausgebrochenen Feuer bilden. Es bedarf aber auch gar nicht so grausamer und deshalb irrationeller Mittel, da es andere völlig ungefährliche und doch viel wirksamere gibt. Da sind in erster Linie

Schlösser und Riegel.

Mit der Vervollkommnung der Schlösser vervollkommen sich auch die Einbrecher in der Technik des Öffnens. Da sind aber bestimmte Grenzen gesetzt, sowohl in der Intelligenz als auch in der Geduld und der Ausdauer des Einbrechers und darin auch in der technischen Möglichkeit des Öffnens. Es gibt die drei verbreitetsten Sorten von Schlössern, die Chubb, die Brahma, und die Yale-Schlösser so zu gestalten, daß auch der genialste Dieb mit seinem Dietrich, mit dem Bleistreichen oder dem sogenannten Zunder Schlüssel zu öffnen nicht in der Lage wäre. Es geht ferner, die Schlösser gegen Gewaltanwendung unempfindlich zu machen. Diese Aufgaben sind nun vollkommen gelöst. Bei dem verbreitetsten Dreh-Schlüssel-Schloß, dem Chubb-Schloß, handelt es sich darum, die Zahl der unsymmetrischen Zubehörungen so zu erhöhen, daß ein künstliches Öffnen einfach unmöglich wird. Das war bei der Zahl 10 erreicht, wobei die Sicherheit durch einen doppeltbärtigen Schlüssel noch erhöht wird. Im Gegensatz zum Chubb-Schlüssel hat der Brahma-Schlüssel keine Bart, sondern nur kleine Zapfen, und

ist am Ende mit Einschnitten oder Einprägungen versehen. Beim Brahma-Schloß, das zu den Schlüssel-Schlössern gehört, genügen in der Regel schon fünf bis sechs Zubehörungen, um es diebstahlsicher zu machen. Schließlich das Yale-Schloß: es besteht aus zwei Zylindern, einem Außenzylinder, der fest an der Tür angebracht ist, und einem zweiten, im Innern des Außenzylinders drehbar angebrachten viel kleineren Innenzylinder. Die Zubehörungen bestehen aus Stiften, die durch eine entsprechende Verarbeitung genügend Sicherheit bieten. Die Yale-Schlösser sind Schnappschlösser. Ein diebstahlsicheres Schloß kann bereits für 10 Mark erstanden werden. Mit dem Sicherheitschloß allein ist jedoch noch nicht alles geschehen. Um ein Anbohren unmöglich zu machen, muß es an einer Stützplatte aus Metall angebracht werden. Schließlich bilden aber noch die hölzernen Türfüllungen eine Gefahr, die erst durch Bleibeckenbekleidung behoben werden kann. Auch die ist für 12 bis 15 Mark zu erstehen. Gleich den sicheren Einfall-Schlössern gibt es natürlich auch sichere Hängeschlösser. Alle sonstigen Maßnahmen, wie das Siedelassen der Schlüssel in Schlössern, die Schlüsselgabel oder die Sicherheits Schlüssel, mit denen die Schlüsselbohrer verstopft werden, schäzen sehr wenig.

Elektrische Sicherungen.

Die Aufgabe der elektrischen Sicherungen ist, Alarm zu schlagen, durch die Blählichkeit des Lärms die Diebe, denen es in erster Linie um ihre Freiheit zu tun ist, zu verschrecken und den Wächter oder die Einwohner auf den Einbrecher aufmerksam zu machen. Die Anlagen arbeiten sowohl mit Arbeitsstrom als auch mit Ruhestrom. Im ersten Fall handelt es sich darum, die Einschaltung des Stroms zu erzielen, im zweiten Fall den fließenden Strom zu unterbrechen. In beiden Fällen besteht die Stromanlage aus vier Teilen: aus dem Kontakt (dem Druckknopf), dem Alarmgeber (dem Beder), der Stromquelle (der Batterie) und der Verbindung der Leitungsdrähte zwischen Druckknopf und Beder. Bei der Berührung des Kontaktes beginnt der Beder ununterbrochen Alarm zu schlagen. Es entsteht ein Heidenlärm, ein unaufhörliches Getöse, das heftig anheult und außerhalb des Hauses an mehreren Stellen, oder Lampen leuchten hell auf — der Dieb wird verjagt. Für geringe Kosten sind Federrollen, sogenannte Diebesfallen, zu haben. Von einem ganz einfachen Apparat aus, der mit der elektrischen Wohnungszugleitung in Verbindung steht, wird ein Faden in verschiedenster Richtung ausgespannt. Die leiseste Berührung — und der Alarm ist da. Solch ein Apparat kostet etwa 3,50 Mark. — Besonders interessant ist eine Alarmanlage, die mit Telefon und Grammophon arbeitet. Der Hörer ist an einen Grammophon angebracht, der durch einen Hebel mit der Gabel des Telefonapparates in Verbindung steht. Durch eine elektrische Vorrichtung tritt im Falle der Gefahr das Grammophon in Tätigkeit, der Hebel zieht sich zurück, die Gabel des Telefons schnell in die Höhe und das Grammophon beginnt unaufhörlich in das Telefon hineinzuschreiben: „Ueberfall, Ueberfall, Ueberfall...“ Das Telefonfräulein am Amt erhält das Signal, hört das unaufhörliche Schreien des Grammophons und alarmiert sofort das Ueberfallkommando. Diese Vorrichtung hat noch ihre Einführung; die Postverwaltung will das Telefon zu diesem Zwecke nicht hergeben. Es erscheint auch die Gefahr solcher Alarms nicht ausgeschlossen. Neuerst lehrreich sind auch die Vorführungen des Silenapparates in der Beratungsstelle. Durch eine geistreiche Kombination von Spielzeug und Wissenschaft wird die Fähigkeit des Silens, bei Veränderungen der Beleuchtung stromunterbrechend zu wirken, zu Alarmzwecken benutzt. Zu erwähnen ist noch eine Kombination von Sicherheitschlössern und elektrischen Alarmanlagen.

Das Verbrechen, insbesondere das Eigentumsverbrechen, ist zum weitestgehenden Teil die Folge unserer sozialen Verhältnisse. Eine noch so gut organisierte Polizei, noch so harte Strafen wären nicht imstande, dieser sozialen Krankheit zu steuern. Die Unbesonnenheit aber, der Leichtsin, der Unverständnis und die Unachtsamkeit der Bevölkerung machen der Dieben die Arbeit leicht. Es kann daher dem Arbeiter, dem kleinen Angestellten und Beamten nicht dringender genug empfohlen werden, die Beratungsstelle am Polizeipräsidium aufzusuchen. Sie ist von 10—12 Uhr geöffnet. Für so manche Hausfrau ist dies eine geeignete Zeit. Die Frauen und Männer aber, die im Arbeitsvertrag stehen, könnten von der Partei, von der Gewerkschaft und von ihren verschiedenen Vereinigungen aus sich zu Sonntagsgruppenführungen zusammensuchen. Die Beamten der Beratungsstelle würden zweifelsohne sich gern zur Verfügung stellen.

es anders werden solle. Sie habe ja allerdings schon früher seine Selbstanlagen und Versprechungen gehört, aber diesmal solle es Wirklichkeit werden. Und dann — ein neues Leben! Frank lächelte freundlich. Wieder hörte er die Gläser klirren, und diesmal wurde sein Name ganz deutlich genannt, und langes Hurrageheul folgte.

„Frank! Frank!“
Er fuhr zusammen.
„Ist, rief sie nicht? Er trock ganz zum Kreise zusammen und sah mauschenstill.“

„Frank!“ Sie rief wieder, diesmal schärfer. Instinktiv streckte er ein Bein über den Tischrand aus, bedachte sich aber und zog es wieder unter sich. Sie war gewiß so krank, daß sie nicht aufstehen und ihn holen konnte. Aber wenn sie nun sehr krank geworden war und ihn brauchte! Wäre sie doch wenigstens so gewesen, daß man sich ihr ohne Furcht hätte nähern können!

Lange dachte er hin und her, er dachte an die Frau, die da drinnen lag und rief, ohne daß er kam, und an das neue Leben, zu dessen Beginn Gott ihm Kraft verleihen sollte. Doch die Voraussetzung für die Hilfe Gottes war Reue, und Frank durchsuchte sein Dasein fleißig nach schlechten Handlungen, bereit, sie aus aufrichtigem Herzen zu bereuen. Aber er fand nichts; allerdings war er ein schlechter Mensch, wenn man wollte, aber etwas Schlimmes hatte er nicht getan.

Er war schon im Begriff, ärgerlich darüber zu werden, sowohl um des lieben Gottes wie um seiner selbst willen. Wie sollte der liebe Gott helfen, wenn nichts da war, woran man sich halten konnte?

Da fiel ihm zum Glück die Beste ein. Bierzehn Tage lang hatte er nun schon in Angst davor verbracht, daß seine Frau den wahren Zusammenhang entdecken werde. Und er hatte alle Energie aufbieten müssen, um zu verhindern, daß die Anderen Verdacht schöpften oder kam, wenn er selbst nicht zu Hause war, und sein Kleidungsstück verlangte. Zweimal hatte er eine Katastrophe dadurch verhindert, daß er die beizugehen vom Fenster aus entdeckte. Aber wie lange konnte das so noch weitergehen? Es war, als bewegte man sich auf einer Mine, die jeden Augenblick explodieren konnte. Und wenn die Sache herauskam, erwartete ihn keine Schonung.

Da war also doch endlich was zu bereuen, etwas, worauf der liebe Gott die Hand legen konnte. Und es würde viel leichter sein, von neuem zu beginnen, wenn die ärgerliche kleine Angelegenheit geordnet war.

(Fortsetzung folgt.)

Die Familie Frank.

Roman von Martin Andersen Nexø.

Frank jerrich den Bierstrom mit einem Ruck und schleuderte ihn dem Brauer an den Kopf. Mehrmals durchzuckte ihn ein Schauer, und die Linien des Zimmers verschoben sich wiegend.

Dann kamen sie zur Ruhe, und da hing die große Schneiderschere dicht neben ihm an der Wand! Und dort lag seine Frau Frank — vielleicht auf den Tod — danieder! Hier sah er selber und war durstig wie ein Kamel in der Wüste.

Was für ein erbärmlicher Wicht er doch war! Seine Hände waren ganz blau und steif in den Gelenken; ihn fror, und er zitterte, und im Kopf war ihm so komisch zumut. Das war das Delirium, ebenso war es Bergedahl gegangen.

Aber nun sollte das ein Ende haben! Schere und Elle sollten wieder in Gang kommen. Thorwald sollte die Profession erlernen, und die Bestellungen würden nur so herbeiströmen. Es gab Leute genug, die darüber klagten, daß es keinen ordentlichen Schneider in der Stadt gebe, seitdem Elias Frank ausgehört habe.

Da drüben lag seine Frau und litt um seiner Erbärmlichkeit willen; aber wenn sie nun wieder gesund sein würde, dann sollte sie sich nicht mehr als Walschfrau abzuwischen brauchen, sondern gnädige Frau sein; höchstens konnte sie einmal in der Werkstatt eine Handreichung tun — wenigstens, bis man in der Lage war, einen Gesellen zu halten — — —

Und Schneider Frank sah, wie sein Geschäft gedieh und wie er zu Ansehen kam, wie er am Markt einen Laden hatte und der Herr Bürgermeister selbst sein Kunde wurde. Er sah sich über die Straße spazieren, nicht schwankend und schmutzig, nein, im Zylinder, seine Frau unterm Arm. Als der geachtete, wohlhabende Bürger Frank, der vielleicht Stadtverordneter wurde, jedenfalls aber als das geschätzte Mitglied des Klubs „Immer bürgerlich!“ und bei den Klubbiner ein für allemal Tischredner.

Denn Meister Frank wußte seine Zunge zu gebrauchen, das war jedem bekannt, der mit ihm gezecht hatte.

Und bei den Klubbällen erschien man in Frack und weißer Weste und unterhielt sich mit den feinen Damen und machte selbst den Brauer eifersüchtig! — —

Für einen Augenblick entstieg sein Verstand dem gewohnten Halbblaf; in seinem Gehirn wurde es sauber, klar und

hell, und er erkannte, daß diese Phantasiegeburt ganz und gar nicht aus der Luft gegriffen war.

Gerade so hätte sein Leben sich von der Hochzeit bis jetzt gestalten müssen, mit bürgerlichem Glück, Fleiß und Behagen und jener winzigen Reizung zum Alkohol, die strebsamen Bürgern gewöhnlich so gut stand und ihr Ansehen auch nicht im geringsten erschütterte. Genau so hätte es sich gestalten müssen — hätte die da drinnen nicht alles durch ihre Falschheit zerstört!

Schneider Frank war auf dem Höhepunkt seiner Intelligenz.

Der Rebel hatte sich auf einmal von seinem Gehirn gehoben, und zum erstenmal in seinem Leben gedachte er klar und deutlich jener Begebenheit, die sein Leben vergiftet, ohne daß er die Quelle seines Elends erkannt, geschweige denn sich gegen sie empört hatte.

Und die Gedanken ließen den sanften, frommen Mann überströmen vor Bosheit gegen die da drinnen, die Dirne, die Nege, die Hure! Sein ganzes Wesen loderte auf in Haß, und er sprang vom Schneidertisch, ergriff die Schere und lief gegen die Tür, um der Frau die Schere in die Kehle zu bohren, in dem Bett, wo sie lag.

Er hatte die Hand auf dem Türriegel, als er in seinem Kopf ein schmerzliches Stechen und Schnurren spürte. Singend legte sich etwas, Schicht auf Schicht, über sein Hirn und hinterließ dumpfe Schwere. Wieder legte sich die Idiotie weich und lindernd um ihn; er wußte nicht mehr, warum er hier an der Tür stand; still kroch er auf den Schneidertisch hinauf und kreuzte die Beine, wobei er ängstlich lauschte, ob seine Frau wach geworden sei.

Dann vergaß er auch die Angst, fuhr aber fort zu lauschen — auf die Erscheinungen in seinem eigenen Kopf. Da war ein Klirren von Flaschen und Gläsern und ein Summen vieler Menschen. Frank sah auf dem Ehrenplatz, neben ihm Thorwald, und drüben an dem anderen Tischende stand jemand und sprach von der großen Vaterliebe, die nicht nach dem Woher frage, sondern mit gleicher Fürsorge das Rudelkudjunge und das eigene Kind erziehe.

Frank lächelte dem Redner ein wenig unsicher zu; er war sich nicht klar darüber, ob es ernst gemeint sei. Uebertrieben war es jedenfalls, und er hatte es durchaus nicht verdient, da er immer ein so erbärmlicher Wicht gewesen war.

Aber nun wollte er hineingehen und sich an das Bett seiner Frau setzen, er wollte ihr sagen, wie erbärmlich er sich vorkomme, und ihr beim lebendigen Gott versprechen, daß

Der Groß-Berliner Finanzausgleich. Die Verwaltungsbezirke im Haushaltsplan.

Die „Rote Fahne“ vom 9. September bringt zum Berliner Haushalt 1924 eingehendes Zahlenmaterial, aus dem sie folgert, daß von einem sozialen Ausgleich zwischen den westlichen und östlichen Bezirken nicht im geringsten gesprochen werden könne und daß bei der Aufstellung des Haushalts für 1924 nicht soziale Beweggründe leitend waren, sondern daß die Klassenrichtung den Ausschlag gegeben habe. Die Zahlen dieses Aufschlages sind in wesentlichen Teilen falsch und kritiklos nebeneinander gestellt. Zunächst ist der Gesamtbedarf der Bezirke in der Form errechnet, daß der Gesamtumfang der ordentlichen Verwaltung die Ausgaben für eine Anzahl Haushaltsgebiete hinzugezählt sind. Aber diese Sonderausgaben sind natürlich in den Zahlen der gesamten ordentlichen Verwaltung schon enthalten, sie werden also doppelt gezählt und doppelt gewertet.

Ferner ist beim Vergleich nicht von dem Bedarf der Bezirke ausgegangen, obwohl die Ueberschrift dies behauptet, sondern von der Bruttoausgabe. Diese Bruttoausgabe ist für gewisse Gebiete sicherlich die beste Vergleichsgrundlage. So z. B. bei den Schulen und beim Unterhaltungsweesen. In anderen Fällen und namentlich bei der Gesamtausgabe eignet sie sich nicht, da bei dem sehr verschiedenen Umfang der Einrichtungen in den einzelnen Bezirken nicht die Ausgabe allein, sondern auch die Einnahme berücksichtigt werden muß. Nur der gesamte Bedarf (Ausgabe nach Abzug der Einnahme) läßt erkennen, wie weit ein Ausgleich zwischen den Bezirken erfolgt ist, und ob die einheitlich zentral gehenden Steuererträge einigermaßen gerecht für die Bezirke verwendet werden.

Das wichtige Gebiet der Schulen schaltet die „Rote Fahne“ ausdrücklich bei ihren Betrachtungen aus. Ihre eigenen Zahlen würden auch erkennen lassen, daß die Industriebezirke des Ostens und Nordens auf diesem Gebiet eine sehr viel stärkere Ausgabe aufweisen als die westlichen Bezirke. Das ist kein Wunder, denn die Zahl der Schulkinder ist in den ersteren größer, und die Höhe der Ausgaben kann nicht auf den Kopf der Bevölkerung, sondern nur auf den Kopf des Schullandes umgerechnet und verglichen werden. Beim Unterhaltungsweesen ergeben die berechtigten Ausgaben, daß auf den Kopf der Bevölkerung in den Bezirken Wedding, Friedrichshagen, Prenzlauer Berg, Mitte rund 7-8 M. ausgegeben werden, in Kreuzberg, Köpenick, Weißensee 6 M., in Tiergarten rund 5 M., Reinickendorf, Lichtenberg rund 4 1/2 M., Charlottenburg, Treptow rund 4 M., Lichtenberg, Tempelhof, Zehlendorf 3 1/2 M., während Schöneberg, Wilmersdorf, Steglitz, Spandau zwischen 2 und 2 1/2 M. auf den Kopf der Bevölkerung ausgeben. Dies ist sicher keine ungerechte Reihenfolge. Allerdings scheint die Lichtenberger Zahl verhältnismäßig gering, die von Tempelhof, Zehlendorf verhältnismäßig hoch. Inbezug auf die Unterhaltungsausgaben in keinem Bezirke willkürlich gewählt worden, sondern sie richten sich nach der Zahl der Unterhaltungen an einem bestimmten Stichtage. Für die Voraussetzungen der Unterhaltung und ihre Höhe gelten natürlich in allen Bezirken die gleichen Grundsätze. Ob ein Ausgleich zwischen den Bezirken erfolgt ist oder nicht, ergibt ein Vergleich der gesamten Bedarfszahlen der ordentlichen Verwaltung. Sie seien im folgenden angeführt. Dabei sind die Bruttoausgaben auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet zum Vergleich daneben gestellt.

Bezirk	auf den Kopf der Bevölkerung	Bedarf
Jungenbezirke.		
Kreuzberg	37,1	24,8
Wedding	38,8	27,2
Friedrichshagen	39,7	26,4
Prenzlauer Berg	39,2	27,6
Mitte	42,6	30,2
Tiergarten	39,0	27,8
Älteren Bezirke mit mehr als 140 000 Einwohnern.		
Charlottenburg	59,8	39,1
Reinickendorf	49,8	31,7
Schöneberg	45,6	28,8
Lichtenberg	47,8	30,0
Wilmersdorf	47,5	33,5
Steglitz	45,2	30,8
mit 70 000 bis 140 000 Einwohnern.		
Spandau	55,8	36,1
Pankow	54,2	35,9
Reinickendorf	56,8	39,4
Treptow	57,8	43,6
mit weniger als 70 000 Einwohnern.		
Tempelhof	55,8	44,2
Köpenick	60,1	44,5
Weißensee	64,9	39,8
Zehlendorf	66,7	44,2

Die Anordnung der Bezirke nach ihrer Größe ist die Voraussetzung für eine brauchbare Kritik der Zahlen, denn die Erfahrung lehrt, daß sowohl die Ausgabe wie der Bedarf verhältnismäßig um so größer sind, je kleiner die Bevölkerungszahl ist. Man kann Lichtenberg mit Schöneberg vergleichen, aber nicht mit Zehlendorf.

Diese Uebersicht zeigt, daß man im großen ganzen dem notwendigen Ausgleich näher gekommen ist. Eine Ausnahme scheint Charlottenburg zu machen, dessen Zahlen sowohl in der Ausgabe wie in der Bedarf die von Reinickendorf erheblich übersteigen. Aber man darf nicht vergessen, daß Charlottenburg vor dem Zusammenschluß mit Groß-Berlin besonders günstige Verhältnisse gehabt hat, die ihm ermöglichen, viele Einrichtungen zu schaffen, die andere Gemeinden sich verweigern mußten, und die man nicht um deswillen eingehen lassen kann, weil andere Bezirke sie noch nicht haben. Im Vergleich mit der Vorkriegszeit hat gerade Charlottenburg neben Alt-Berlin der neuen Gesamtgemeinde die größten Opfer gebracht. Die Gesamtausgaben Charlottenburgs ohne Werte und ohne Anleihen betragen heute nach nicht die Hälfte dessen, was die selbständige Stadt Charlottenburg 1913 in ihrem Haushalt auswerfen konnte. Man vergleiche dagegen die Zahlen etwa für Lichtenberg, Reinickendorf, Pankow, Köpenick, Weißensee, wo die Gesamtausgabe über drei Viertel der Vorkriegszeit beträgt, und die Bezirke Treptow, Tempelhof, Köpenick, wo sie die Vorkriegsausgaben fast erreicht, bei Köpenick sogar übersteigt.

Gewiß ist auch der laufende Haushalt Groß-Berlins noch nicht vollkommen. Daß er aber wesentlich besser ist als seine Vorgänger und daß er dem Ausgleichsbedürfnis in großem Maße Rechnung trägt, kann bei aller möglichen Kritik nicht bestritten werden. Stadtkämmerer Dr. Karding.

Bürgerlich-kommunistische Kampanei.

Am Kampf gegen die Sozialdemokratie gehen Bürgerliche und Kommunisten brüderlich Hand in Hand. Besonders drücklich tritt diese Seelenverwandtschaft jetzt im Verwaltungsbezirk Kreuzberg hervor, dessen Bezirksparlament durch den von Bürgerlichen bejubelten Faustkämpfer Rintorf „berühmt“ geworden ist. Am Montag hatte die Bezirksversammlung eine außerordentliche Sitzung, in der die bürgerlich-kommunistische Kampanei aufs neue in Aktion trat. Zu Beginn der Sitzung kam der Vorsteher Genosse Glöde auf jenen von Rintorf gegen unsere Genossen Lita verübten Ueberfall zurück und erzielte Rintorf nachträglich einen Ordnungsruf. Weil Genosse Glöde durchaus geschäftsordnungsgemäß die vorige Sitzung wegen andauernden Narms geschloffen hatte, brachten der Bürgerblock und die Kommunisten ein Misstrauensvotum gegen ihn ein. Der Bürgerblock zog das seinige später zurück und verhalf dann dem Misstrauensvotum der Kommunisten zur An-

nahme. Genosse Glöde aber erklärte mit Recht, daß er keinen Anlaß sehe, das von ihm ordnungsgemäß verwaltete Vorsteheramt niederzulegen. Diefelbe Mehrheit aus Bürgerblock und Kommunisten beschloß dann auch ein Misstrauensvotum gegen den Bürgermeister Genossen Kahle. Darauf sollte in geheimer Sitzung über den Abbau des Bezirksamts beraten werden, für den die Mehrheit zwei Sozialdemokraten, Bürgermeister Genossen Kahle und Stadtrat Genossen Bruns, vorschlug. In einer Entscheidung kam es nicht, weil die Beratung auf die nächste Sitzung vertagt wurde, die nicht öffentlich sein soll. Bürgerliche und Kommunisten haben zusammen die Macht und werden ihr Mütchen lüften. Die Brüder sind einander wert.

Einen warmen Raum / Ein gutes Buch

wollen die Kinderfreunde dem proletarischen Kinde geben
Hilf auch du mit daran!

Geldsendungen an die Zentrale der Kinderfreunde, Lindenstr. 3

Dorfkavaliere.

Sie waren alle betrunken.

Auf einem fetten Bauernhof in Hohensee ist Nichtes. Es ist Mai und die Jugend tanzt. Das Freibier fließt und die Dorfmusikanten spielen. Um 2 Uhr nachts streiten die Dorfkavaliere um die Gunst, die Nachbarmädchen nach Hause zu bringen. Wagners Anna und Lorenzens Lina sitzen völlig beschwippt in einer Ecke. Beide sechzehnjährig, blond und bräunlich. Der Dienstknecht Wilhelm Futterlieb packt seine Lina auf die kräftigen Bauernarme und trägt sie in die Wägebekammer, in der auch Wagners Anna schlafen muß. Und Futterlieb blieb in der Kammer, und Anna wurde auch gebracht. Was dann geschah, war furchtbar. „Dich schuft treue ich tot“, hörte man schreien. Mit durchstoßener Kehle fand man den Bauernsohn Alfred Wäsche röhrend im Wägebekammer. Alles lag durcheinander, Rod, Schuhe, Brieftasche und ein blutiges Messer, die Wände blutbespritzt, und voll Grauen starrten die jungen Dinger schlostrunken auf all das Furchtbare. Gleich darauf starb der Schwerverletzte. Jetzt mußte sich Futterlieb wegen vorfälliger Tötung verantworten. Die Kronzeuginnen, die beiden sechzehnjährigen Mädchen, über die Vorgänge in ihrer Kammer befragt, erklärten verächtlich: „Wir wissen doch von nichts. Wir waren doch ja betrunken. Wir wissen doch nicht, wie wir ins Bett gekommen sind. Der Angeklagte, der einen ruhigen, stillen Eindruck macht, will von dem erstochenen Nebenbuhler zuerst angegriffen worden sein. Der Oberstaatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten zwei Jahre Gefängnis. Nach ganz kurzer Beratung sprach das Gericht den Angeklagten frei, da bei der Trunkenheit der Mädchen schwer festzustellen sei, wer dort bei dem nächtlichen Kampfe der Angreifer war. Der Angeklagte wurde sofort aus der Haft entlassen.“

Zum Frauenmord bei Friedrichshagen.

Weitere Zeugenansagen.

Wohl selten hat ein Mord so weite Kreise beschäftigt wie der Friedrichshagener Lustmord. Besonders durch die Rohheit, die Mutter in Gegenwart des eigenen Kindes zu ermorden, steht die Tat einzig in der Kriminalgeschichte da. Viele Zeugen meiden sich bei der Nordkommission, um irgendeine Beobachtung mitzuteilen. Am den Verbleib der Frau Ulbrich während der Zeit vom 12. bis zum 21. September feststellen zu können, ist die Photographie des Knaben verweigert worden. Auch hat man eine ältere Photographie der Toten herbeigeschafft. Einer der Zeugen machte Auslagen, die von besonderer Wichtigkeit sein können. Es ist ein Mann, der die sogenannten „Sechserstühle“ auf dem Alexanderplatz vermietet. Er gibt an, am Freitag, den 19. September, eine Frau mit einem auffallend schablonenlosen kleinen Knaben in Begleitung eines Mannes auf seinen Stühlen sitzen gesehen zu haben. Die Beschreibungen, die er von der Frau und dem Kinde gibt, passen auf Frau Ulbrich und den kleinen Herbert. Der begleitende Mann war etwa 1,70 Meter groß und ungefähr 30 Jahre alt. Er trug einen dunklen Anzug, weißen Kragen und eine Ballonmütze mit Bederschirm. Der Zeuge beobachtete, wie die drei am dem Gebäude der Reitwoge vorbei nach der Brunerstraße einbogen. Am Sonnabend sah er denselben Mann allein und sah an der rechten Gesicht- und Halsseite Kratzwunden, die er am Freitag noch nicht bemerkt hatte. Alle zweideutigen Mitteilungen, besonders solche von Personen, die Frau Ulbrich mit ihrem Sohne in der Zeit vom 12. bis zum 21. September beschäftigt und beherbergt haben, werden an die Nordkommission Kriminalkommissare Gennat und Wächter im Zimmer 105 des Polizeipräsidiums erbeten. In Anbetracht der Schwere des Falles ist eine Belohnung von 1000 Goldmark auf die Ergreifung des Täters ausgesetzt.

Die schlaftrübe Tänzerin. In der vorvergangenen Nacht bot die Tänzerin Lina R. aus der Fleißstraße um die Feststellung eines Chauffeurs, mit dem sie in Zahlungsfreiheit geraten war. Nachdem die Personellen ausgetauscht worden waren, griff die Tänzerin den Kraftwagenführer plötzlich tödlich an. Als ein Polizeibeamter dazwischentrat, schlug sie diesem ins Gesicht, worauf der Wächtermeister von seinem Gummiknüppel Gebrauch machte und der temperamentvollen Dame einen Hieb verfehlte, der sie veranlaßte, von weiteren Angriffen abzusehen.

Sprechstunde für proletarische Feiertage. Übungsstunde am Donnerstag, den 25. September, abends 7 1/2 Uhr, in der Sophienstraße, Weinmeisterstr. 16/17. Die Zuschuhmittglieder kommen um 6 Uhr zur Sitzung.

Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 24. September.

Tagesschau. 10 Uhr vorm.: Bericht über die Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. 10.15 Uhr vorm.: Erste Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten. 11.35 Uhr vorm.: Funkbörse (Die Notierungen der Berliner und Hamburger Produktenvorbörse). 12.15 Uhr nachm.: Kurzer Tendenzbericht der Berliner Vorbörse (nur Montag bis Freitag). 12.55 Uhr nachm.: Uebersicht des Zeitzeichens. 1.05 Uhr nachm.: Zweite Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Wetterdienst. 2.15 Uhr nachm.: Kurzer Tendenzbericht der Berliner Börse (nur Montag bis Freitag). 3 Uhr nachm.: Funkbörse (Die amtlichen Notierungen der Berliner und Hamburger Produkten- und Viehbörse; amtliche Devisen). 4 Uhr nachm.: Funkbörse (Getreide cif. Hamburg; Berliner Kolonialwaren-Großhandelspreise). 4.30-5.25 Uhr nachm.: Unterhaltungsmusik (Berl. Funkkapelle). 1. Ulanenattacke, Bohm. 2. Ouverture zu der Oper „Der König von Yvetot“, Adam. 3. Legunen, Walzer, Joh. Strauß. 4. Pensées d'Antoine, Labinsky. 5. Fantasia aus der Oper „Der Prophet“, Meyerbeer. 6. Intermex und Valse lente aus „Sylvia“, Delibes. 7. Potpourri aus der Oper „Die Glocken von Corneville“, Planquette. 8. I love you, Foxtrot, Archer. Während der Pausen: „Ratschläge fürs Haus“. 6.30 Uhr abends: Die Funkprinzessin erzählt: Anderson-Märchen. a) Der fliegende Koffer, b) Der standhafte Zinnsoldat. c) Die Nachtigall (Die Funkprinzessin: Adele Proealer). 7.45 Uhr abends: Vortrag des Fräuleins Dr. med. Jannowitz: „Wie schützen wir unsere Kinder vor Infektionskrankheiten?“ 8.30-10 Uhr abends: Aus neuen Operetten („Gräfin Mariza“, „Der alte Kavalier“, „Das Weib in Purpur“, „Die Frau ohne Kuß“, „Die tanzende Prinzessin“). Mitwirkende: Dora Hrach, Édouard Kandi, vom Deutschen Opernhaus, Charlottenburg; Hans Horsten, vom Schauspielhaus, Breslau; ein Kammerquintett; Dirigent: Kapellmeister Otto Erack, früher an der Berliner Staatsoper. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theatervorstellungen.

Das Straßenbahnunglück bei Spandau. Widersprechende Darstellungen.

Ueber die Ursache des Straßenbahnunglücks bei Spandau, das, wie bereits gestern mitgeteilt, zwei Todesopfer forderte, erhalten wir von der Presseabteilung des Siemens-Konzerns und von der Berliner Straßenbahnverkehrs-Gesellschaft m. b. H. die folgenden einander widersprechenden Darstellungen:

Von den Siemens-Werken wird folgendes als feststehender Sachverhalt mitgeteilt: „Der Güterzug, der mit dem Wagen der Linie 55 der Straßenbahn zusammenfuhr, hatte das Gelände der Siemens-Werke längst verlassen. Er war von den Siemens-Werken der Staatsbahn ordnungsgemäß zur Weiterbeförderung übergeben. Der Zug wurde mittels Dampflokomotive von Reichsbahnbeamten geführt und besetzt. Die Reichsbahn war Transportführerin geworden und trug die Verantwortung für den Transport, der sich auf Anstufung der Siemens-Werke nach Spandau hin bewegte. . . Bei Dunkelheit wird die Straßenkreuzung von den Siemens-Werken beleuchtet. Das geschieht durch zwei über der Mitte der Straße aufgehängte Beleuchtungskörper, welche je drei Glühlampen zu je 50 Kerzen enthalten. Beide Lampen werden durch einen gemeinsamen Schalter in Funktion gebracht. Die Lampen werden täglich im Laufe des Tages geprüft und bei Eintreten der Dunkelheit eingeschaltet, was auch an dem Unglückstage der Fall war. Der Aufsichtsbefehl der Siemens-Werke hat sich außerdem nach dem Unglück an der Unfallstelle persönlich davon überzeugt, daß beide Lampen vorchriftsmäßig brannten.“

Im Gegensatz dazu heißt es in der Darstellung der Straßenbahngesellschaft: „Der von Berlin kommende Zug der Linie 55 hatte vorchriftsmäßig an der vor der Gleiskreuzung mit der Güterbahn besetzten Zwangskreuzung gehalten. Der Fahrer hat von seinem Standpunkte aus die Annäherung des Güterzuges in der Dunkelheit nicht bemerken können, weil der Zug, wie auch Zeugenansagen bestätigen, nicht beleuchtet war. Die Sicht war durch die wegen des Regens herrschende außerordentliche Dunkelheit stark beschränkt. Als der Zug langsam weiterfuhr, wurde der Anhängewagen von der Lokomotive an der hinteren Plattform gestoßen. Die von den Siemens-Schulderi-Werken zu bedienenden elektrischen Laternen am Ueberweg haben zur Zeit des Zusammenstoßes, wie ebenfalls von Zeugen bekundet wird, nicht gebrannt. Die Schuldfrage konnte noch nicht einwandfrei geklärt werden, sie wird in den nächsten Tagen durch einen öffentlichen Termin am Abend nochmals geprüft werden. Es läßt sich aber schon heute so viel sagen, daß die behördlichen Vorschriften, die für diese Gleiskreuzung gegeben sind, nicht ausreichen.“

Nach den Siemens-Werken haben die Laternen am Bahnübergang also vorchriftsmäßig gebrannt, nach den Zeugenbefundungen bei der Straßenbahn nicht. Es wird Pflicht der Verkehrspolizei sein, die Wahrheit zu ermitteln.

Von einem Ueber wird uns geschrieben: „Schlimme Zustände, wie an jenem Bahnübergang in Spandau, herrschen auch auf der Reußkolln-Mittenwalder Kleinbahn. Kurz vor dem Bahnhof Brück kommt der Zug plötzlich hinter einem vierstöckigen Haus hervor und kreuzt die Mariendorfer Allee. Nicht einmal eine Schranke ist dort vorhanden, obwohl der Bahnhof nur 100 Meter von der Straße entfernt liegt und die Bedienung dieser Schranke ohne Mehrkosten vom Bahnhofspersonal besorgt werden könnte. Wohl läßt der Lokomotivführer eine Glocke ertönen und diese wird auch von jedem Fußgänger gehört. Nicht gehört wird sie aber wegen des eigenen Geräusches von den Automobilen und Fuhrwerken. Abhilfe dort ist dringend nötig. Vor zwanzig Jahren ging das wohl noch bei dem heutigen Verkehrselte die Polizei alle besartigen Kreuzungen untersuchen.“

Die „Waffe gegen England“.

Hundnotensäufungen eines russischen Kunstmalers.

Vor dem Großen Schöffengericht Charlottenburg begann der große Sensationsprozeß gegen den russischen Kunstmalers Iwan Grigorjewitsch Massojedoff und gegen die russische Tänzerin Malwina Bernici, die mit dem ersten Angeklagten seit 1909 zusammenlebt und als dessen Frau ausgegeben wird. Massojedoff ist beschuldigt, in den Jahren von 1919 bis 1922 englische 10- und 20-Pfund-Noten hergestellt und auch verkauft zu haben, amerikanische 100-Dollar-Noten anzufertigen. Frau Bernici soll diese gefälschten Noten in den Verkehr gebracht haben, wobei sie im Jahre 1922 auch abgefaßt wurde.

Massojedoff war im zaristischen Rußland ein sehr bekannter Kunstmaler. Der Vorstehende vernahm den Angeklagten zunächst über sein Vorleben. Nach seiner ersten, nur wenige Monate dauernden Ehe lernte er die Tänzerin Bernici kennen, die er aber nicht heiraten konnte, weil die erste Ehe durch seine Schuld geschieden worden war. Sein Verhältnis habe einen großen Gesellschaftsandal hervorgerufen. Mit den Bolschewisten habe er sich zunächst sehr gut verstanden, dann aber habe er sich bewegen lassen, für die Dimkina-Armee die Greuelthaten der Bolschewisten zu machen. Als die Bolschewisten wieder die Oberhand gewonnen, habe er flüchten müssen, sei aber ergriffen worden und von der Tscheka zum Tode verurteilt worden. Er sollte mit zehn anderen erschossen werden, wurde aber gerettet. Wie das wisse er nicht. Nach allerlei Irrfahrten sei er dann nach Berlin gekommen. Hier habe seine Frau eine der Zehnfundnoten in einem Bankgeschäft wechseln wollen, und da sei diese Note als Fälschung erkannt worden. Er habe noch vier Noten übrig gehabt und auch die bei näherer Untersuchung als Fälschung erkannt. Nunmehr habe er sie gründlich studiert, um das Rätsel des Wasserzeichens kennenzulernen. Dabei sei ihm der Gedanke gekommen, die Noten so nachzumachen. Er habe jedoch nicht daran gedacht, jemand persönlich zu schädigen. Er habe dann gegen England eine große Waffe in der Hand gehabt, die ebenso wirke wie Kriegsschiffe und Kanonen. Der Angeklagte erzählte dann, daß er zusammen mit einem gewissen Manoff zuerst etwa 30 Stück Zehnfundnoten und dann etwa 18-20 Stück Zwanzigfundnoten hergestellt habe. Die Waffe nimmt jedoch an, daß auch die aus der Krim mitgebrachten Noten bereits dort von ihm gefälscht worden wären. Die Untersuchung in dem Verfahren hat Kriminalkommissar von Liebermann geführt. Ueber den Geisteszustand des Massojedoff hat Medizinalrat Dr. Störmer ein ärztliches Gutachten erstattet. Er sagt darin u. a., daß das, was der Angeklagte während der Bolschewistenherrschaft in Rußland erlebt habe, alles übertriffe, was bisher an Menschenbeschwerden in der Repolutionszeit dagesprochen ist. Der Sachverstande kommt zu dem Gutachten, daß Massojedoff abseits von dem gefundenen Menschenstande, daß er Geisteskrankheit nach § 51 nicht vorliege. Landgerichtsdirektor Maeder verurteilte nach sehr langer Beratung das Urteil des Gerichts. Das Gericht hat angenommen, daß Massojedoff von dem Entschluß ausgegangen ist, solche Noten herzustellen. Darum hat es nur eine sorgfältige Handlung angenommen. Während die Umstände glaube das Gericht dem Angeklagten nicht verjagen zu können, da er durch die schweren Schicksalschläge aus der ordentlichen Bahn gerissen worden ist, als minderwertig anzusprechen sei. Immerhin ist die Handlungsweise eine so schwere, daß das Gericht auf drei Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust erkannt hat. Ein Jahr sechs Monate wurden auf die Untersuchungshaft in Anrechnung gebracht. Die Angeklagte Bernici wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt unter Anrechnung von vier Monaten Untersuchungshaft.

Verdachtsweise Einstellung der Milchartenausgabe. Das Ernährungsamt der Stadt Berlin teilt mit: Vom 1. Oktober d. J. ab wird die Ausgabe von Milcharten an die mißbedürftigen Gruppen der Bevölkerung verdachtsweise in der Erwartung eingeleitet, daß die Milchhändler und Molkereibesitzer nach Aufhebung des von

ihnen als lästig empfundenen Zwanges auch weiterhin die vorzugswürdige Belieferung der milchbedürftigen Gruppen sich angelegen sein lassen werden. Sollten sich jedoch infolge der Aufhebung Milchlieferungen ergeben, so wird sofort durch besondere Maßnahmen Abhilfe geschaffen, gegebenenfalls wird auch auf die Wiedereinführung der Milchante zurückgegriffen werden.

Pilzausstellung.

Für Pilzsammler und solche, die es werden wollen, sind in Berlin und Bororen schon seit einer Reihe von Jahren regelmäßig im Herbst belehrende Pilzausstellungen veranstaltet worden. Diesmal hat das Friedenauer Gymnasium in dankenswerter Weise sich die Mühe gemacht, eine derartige Ausstellung zu schaffen, um zur Verbreitung der Pilzkenntnis beizutragen. Obwohl nur Pilze aus Berlin nördlicher und fernerer Umgebung berücksichtigt worden sind, konnten auch bei dieser Beschränkung noch rund 150 Pilzarten zusammengebracht werden. Die Ausstellung ist das Werk eines Lehrers der Anstalt, aber bei der Heranschaffung der Pilze haben die Schüler fleißig und verständnisvoll mitgewirkt. Das Ergebnis ihres Sammelers ist in der Aula auf Tischen ausgedehnt und so gruppiert, daß der Zweck, die Pilzkenntnis zu fördern, durchaus erfüllt wird. Beigefügte Karten geben die lateinischen und deutschen Namen jedes Pilzes und belehren darüber, ob der Pilz essbar, ungenießbar oder giftig ist. Auf einem Tisch, der dem Eingang zunächst steht, sind die dem Berliner bekannten und bei ihm beliebtesten Pilze ausgestellt, der Pfefferling, der Steinpilz, die Marone und einige andere. Mit ihnen pflegt der Reutinger seine Sammelstätigkeit zu beginnen, aber es gibt sehr viele Pilzsammler, die über diese paar bekanntesten Arten nie hinauskommen. Die Ausstellung will auf Pilze aufmerksam machen, die gleichfalls essbar sind, aber sie will auch allzu leichtsinnige Sammler vor giftigen Pilzen warnen. Auf einem Tisch sieht man Doppelpilze nebeneinander, essbare Pilze und giftige, die ein ähnliches Aussehen haben, z. B. den sehr geschätzten Champignon und den höchst gefährlichen gelben Knollenblätterpilz, den gern gesuchten Steinpilz und den mindestens ungenießbaren und gesundheitschädlichen Gallenröhrling. Durch eine besondere Zusammenstellung wird auf manche möglichen vorzukommenden essbaren Pilze hingewiesen, die der Durchschnittsbewohner, weil er sie nicht kennt, entweder stehen läßt oder gar zerstört. Dieses Schicksal bereiten Nichtkenner z. B. dem Krempling, dem Haslmoss und manchem anderen Pilz. Die in dem Gymnasiumsgebäude (an der Stoldestrasse nahe dem Ringbahnhof Wilmersdorf-Friedenau) untergebrachte Ausstellung, die jeden Pilzfremden erfreuen wird, bleibt noch Mittwoch und Donnerstag von 2 bis 6 Uhr geöffnet. Der Zutritt ist für jedermann unentgeltlich.

Ein galanter Bräutigam. Der Schlosser Gustav M. aus Spandau geriet mit seiner Braut, der Arbeiterin Elisabeth G. aus der Schönwalder Strasse 50 in heftige Streitigkeiten. Im Verlauf derselben warf er das junge Mädchen zu Boden und bearbeitete es mit Händen und Füßen. Mit einer klaffenden Wunde am linken Auge, Rißwunden an der Oberlippe und Fingerverletzungen mußte die Unglückliche nach dem Spandauer Krankenhaus geschafft werden. Bei seiner Festnahme griff der galante Bräutigam einen Beamten des Reichswasserschutzpolizei lässlich an und konnte nur mit vieler Mühe zur Wache gebracht werden.

Heinrich Sklarz in Berlin. Nachdem der Rechtsanwalt Werthauer ein freies Geleit für Heinrich Sklarz aus dem Auslande erwirkt hatte, ist er aus Paris, seinem letzten Aufenthaltsort, zurückgekehrt. Sklarz hat bei den verschiedenen Sanierungsgeheimnissen „Korbe und Bärenstiefel“ in den Gläubigerversammlungen erklärt, daß er ins Ausland gehen müsse, um weiteres Sanierungskapital zu beschaffen. In der Zwischenzeit ist durch den Untersuchungsrichter in Waagen ein Haftbefehl gegen ihn erlassen worden. Sklarz behauptet, daß die Schirgiswalder Affäre lediglich ein politisches Manöver gegen ihn sei.

Die deutsche Einheitskurzschrift.

Nachdem bereits im Oktober 1923 alle beteiligten Reichsvereine und die angrenzenden Länder dem „Julientwurf“ einer deutschen Einheitskurzschrift zugestimmt hatten, hat sich jetzt auch das Preussische Staatsministerium mit diesem Entwurf unter der Voraussetzung einverstanden erklärt, daß alle deutschen Länder bis zum 20. September ihre Zustimmung erteilen. Diese Bedingung ist jetzt erfüllt worden. Damit ist der Julientwurf für eine deutsche Einheitskurzschrift am 20. September 1924 im ganzen Deutschen Reich in Kraft getreten. Die zur Durchführung erforderlichen Verwaltungsmassnahmen werden unverzüglich in Angriff genommen.

Erneute Verschlebung der Deutschlandfahrt des J. R. 3.

Der für den heutigen Mittwoch ursprünglich in Aussicht genommene Ausflug des J. R. 3 zu seiner großen Probefahrt durch Deutschland mußte mit Rücksicht auf die meteorologischen Verhältnisse zunächst um 24 Stunden verschoben werden. Die im Laufe des gestrigen Dienstags eingelaufenen Wetterberichte meldeten übereinstimmend für die Nacht zum Mittwoch und für heute ein Tief über ganz Deutschland, das Regen und starke Böen mit sich bringen wird. Die Versteigerung in Friedrichshafen hat daher den Ausflug des Amerika-Zeppelein zur Deutschlandfahrt auf Donnerstag früh 7 Uhr festgesetzt. Nach diesen Dispositionen muß der J. R. 3 also für die frühen Vormittagsstunden des Freitags in Berlin erwartet werden.

Ein Berliner Wechselläufer in Wörth verhaftet. Der wegen Wechselläufungen in Höhe von 120000 Mark gesuchte Kaufmann Albert Kruse aus Berlin wurde von Berliner Kriminalbeamten in Wörth bei Dessau verhaftet. Von hier aus hatte Kruse seit mehreren Wochen umfangreichen Warenhandel betrieben.

Der amerikanische Weltflug beendet. Aus Santa Monica bei Los Angeles in Kalifornien wird gemeldet, daß die amerikanische Weltumflieger aus Santiago kommend dort eingetroffen sind. Sie haben damit ihren Weltflug vollendet und 25000 Meilen zurückgelegt. Eine unübersehbare Menschenmenge war bei der Landung anwesend. Die Flugzeuge werden nach Washington ins Nationalmuseum übergeführt.

Sturmflutkatastrophe in Amerika. Ein Sturm, der die Staaten Wisconsin, Minnesota und Michigan heimgesucht hat, hat 60 Personen getötet und etwa 200 verletzt. Im Staate Minnesota allein wird der Schaden auf 2 Millionen Dollar geschätzt. Zahlreiche Dörfer sind bis auf den Grund zerstört worden. Im ganzen Sturmgebiet wurde die Ernte vernichtet. Tausende von Stück Vieh wurden getötet. Aus den umliegenden Staaten wurden Lebensmittel und Unterfunktionsmaterial in zahlreichen Sonderzügen abgefordert, da Tausende obdachlos geworden sind. Auch der Staat Missouri hat gelitten, doch sind Einzelheiten noch nicht bekannt.

100 Personen bei dem Brand eines Lichtspieltheaters umgekommen. In einem Lichtspieltheater in Smyrna brach ein Brand aus, bei dem etwa 100 Personen ums Leben gekommen sind. Man glaubt, daß auch die Schwägerin Ismet Paschas sich unter den Toten befindet.

Arbeitersport.

Berliner Arbeiter-Sport-Klub. Am Montag, den 29. September, abends 8 Uhr, findet im Lokal von Röh, Röh, 12, eine Sitzung der erweiterten Spielfachkommission und aller Turnierleitenden statt. Jede Abteilung hat ihren Vertreter zu senden und jeder Turnierleitende hat dort zu erscheinen. Später: Einwendungen und Beschwerden werden nicht berücksichtigt. Tagesordnung: Bekanntgabe der Termine und der Turnier- und Wettkampfordnung. **Berliner Arbeiter-Sport-Klub.** Die Abteilungen Sächse und Sächsli haben sich vereinigt und spielen jeden Donnerstag bei Schul, Rosanna, Ede-Rosannestrasse. Beginn des Winterturniers am 2. Oktober. Gölle stets willkommen.

Freie Turnerschaft Groß-Berlin. Mittwoch, 18 Uhr, Klamm-Übungsabend in der Turnhalle Boedcher, 17/20. — **Beitrag** Siedow, R. A. u. K. H. i.: Donnerstag abends 8 Uhr Klammabend, Röh, 12. — **Beitrag** des Röh, 12: Sonntag: Regenturnfahrt nach Richtenau bei Rahnsdorf. Lokal: Röh, 12. Heute abend letzte Informationen. Freitag abends 7 Uhr bei Wolf: Turnworte, Fortwörter- und Funktionärsversammlung. **Turnvereine „Die Naturfreunde“.** Ortsgruppe Berlin, s. A. Am Mittwoch, den 24. September, abends 8 Uhr, in der Schulaula Weinmeisterstrasse 16/17, Vortragabend. Referat des Genossen Dr. Reumann: „Prehistorische Wissenschaft und Kassenkampf“.

Sport.

Rennen zu Grünwald am Dienstag, den 23. September.

1. Rennen. 1. Bongleur (Horsler), 2. Geldin (v. Borte), 3. Melanrola (Läder). Toto: 52:10. Drei Liefen.
2. Rennen. 1. Riederwald (Willi Heuer), 2. Chartreuse II (Ebler), 3. Kraumliese (Läder). Toto: 80:10. Platz: 19, 18:10. Ferner Liefen: Randschent, Bert, Bestertin, La Mara, Carl Geins, Doktor, Glasbäger.
3. Rennen. 1. Tächtig (v. Oederberg), 2. Eganika (v. Fallhahn), 3. Enfel Otto (Staubinger). Toto: 11:10. Drei Liefen.
4. Rennen. 1. Rüdgrat (Ebler), 2. Ebdow (Einfinger). Toto: 12:10. Zwei Liefen.
5. Rennen. 1. Kolberg (Staubinger), 2. Helberg (v. Oederberg), 3. Champfleuri (v. Borte). Toto: 25:10. Platz: 21, 24:10. Ferner Liefen: Sanft Martin, Givill, Halbrieden.
6. Rennen. 1. Landrost (Wale), 2. Dorn II (Certe), 3. Odbrun (Walter Heuer). Toto: 38:10. Platz: 13, 12, 18:10. Ferner Liefen: Wabl, Jata Morgana II, Amara, Solo, Radspilbe, Graf Gold, Garbos Baron.
7. Rennen. 1. Theodor (v. Oederberg), 2. Morjala (v. Wehlig), 3. Ewald (Fr. Freese). Toto: 35:10. Platz: 16, 33:10. Ferner Liefen: Fahnenfeld, Decana.

Briefkasten der Redaktion.

Invalide. Die Erklärung beträgt monatlich nur 1 Goldmark. — **E. 45.** Auskunftsamt (siehe Drehbuch). — **Wald 66.** Zweifelsfrei. Die Erklärung tritt nicht ein, wenn der Aufsichtspflichtige seiner Aufsichtspflicht genügt oder wenn der Schaden auch bei gehöriger Aufsichtsführung entstanden sein würde. Im vorliegenden Falle dürfte das Letztere anzunehmen sein. — **R. 5. 100.** Rein. Ihnen steht nur die Verwaltung und Aufsichtnahme des Vermögens Ihrer Ehefrau zu. — **W. 58. 58.** Unter Umständen ja. In Frage kommen die §§ 21 und 23 der Verordnung über die Aufsichtspflicht vom 12. Februar 1924. — **F. 1. 23.** Kleinforderungen sind solche, deren Forderung bei einem Außenburdmessler der Kaufpreis von mehr als 40 Centimeter 4. Werbedeute, bei kleineren Außenburdmessern 1. Werbedeute nicht übersteigt. Als Außenburdmessler gilt die Höhe des ganzen Rohes einschließlich Bereifung, bei Luftbereifung in aufgepumptem Zustand.

Nur nicht Furcht vor Erkältung u. Grippe!

Es gibt einen vorzüglichen Schutz gegen schädliche Keime in der Mundhöhle, auch gegen Mundgeruch nämlich

Calciform-Tabletten der

Firma **W. SPINDLER A.-G.**, Berlin C. 19 (Spindlershof)
In allen Apotheken und Drogerien zu haben.

Den am 21. September erfolgten Tod meines lieben Mannes und Vaters, des Glasbläfers
Johann Nagel
erzigen in tiefer Betrübniß an
Berta Nagel und Tochter
N. 20, Grünländer Str. 68.
Die Trauerfeier findet am 28. September vorm. 11 1/2 Uhr im Krematorium Gröblichstraße statt.

Verband d. Buchbinder u. Papierverarbeiter
Ortsverwaltung Berlin
Wichtig und unerwartet verstarb am 21. September er. an den Folgen einer Operation unsere liebe Kollegin, die Wdwe. **Emma Zieten**
im Alter von 62 Jahren.
Ihre eheliche, aufrichtige Strehen für die Interessen der Organisation und der Kollegenschaft stehen ihr ein ehrendes Andenken.
Die Einäscherung findet am Donnerstag, den 25. Sept., abends 7 Uhr, im Krematorium Baumgartenweg statt. Um rege Beteiligung ersucht.
Die Bruchbestellung der Luxuspapierbranche.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Achtung! Zigarettenmaschinenführer u. Betriebshandwerker!
Donnerstag, den 25. September, nachm. 5 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandshauses, Cincinistr. 83/85:
Branchenversammlung
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Wagen- u. Karosseriefunktionäre
Freitag, den 26. September, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Verbandshaus, Cincinistr. 83/85:
Sitzung
Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu dem Schiedspruch, 2. Diskussion.
Die Reden werden ersucht pünktlich zu erscheinen.

Achtung! Betriebsräte Achtung!
Art. 13 der Betriebsrats-Zeitschrift ist erschienen und kann gegen Vorlegung der Legitimationskarte des Betriebsratschreibens in Verbandshaus, Cincinistr. 83/85, Zimmer 3, in Einsendung genommen werden.
Die Ortsverwaltung.

„Es war am ganzen Leibe mit Flechten befallen, welche mich durch das ewige Jucken Tag und Nacht plagten. In 14 Tagen hat Zucker's Patent-Medizinale-Beise das Übel beseitigt. Diese Beise ist Hunderte wert. Herr W. Datzu Zucker-Creme (nicht fettend u. fettlos). In allen Apotheken, Drogerien und Kaufmännern erhältlich.“

Dr. Thompson's Seifenpulver
gibt ohne Bleiche blendend weiße Wäsche



Achtung!
5 Aluminiumtöpfe nur Mk. 8.50
(franko zollfrei Haus)
Inhalt 1, 2, 3, 4 Liter
Fabrikant Rud. Southe
Helfhausen b. Plettenberg Nr. 139
3090 qm Betriebsräume
Postfach 8213 Hagenburg
Bei Käufgefallen Jedermann Austausch!

Mensch sei heile.
Wahl! Binsee's Obstweine!
Werdersche Obstweine
in la Qualität,
von über 5 Flaschen ab frei Haus.
Johannisbeerwein . . . 1/2 Fl. 0,80
Stachelbeerwein . . . 1/2 Fl. 0,80
Kirschenwein . . . 1/2 Fl. 0,90
Schaumwein . . . 1/2 Fl. 1,40
Himbeersaft . . . 1/2 Fl. 1,25
Kirschsaft . . . 1/2 Fl. 1,10
Preis versteht sich inklusive Steuer und Fracht.
Walter Binsee, Berlin NW1
Rathenower Straße 40
Arnt Hansa 6905.

Stegdecken
Preiswert, direkt Fabrik
Herzbarnd Strohmantel,
72 Wallstr. 72/73, Spittelmarkt,
G. Senfblatt u. Nikoltsburg, Pl. 2
Alle Stegdecken werden aufgeführt.

Besonders wirksam sind die Kleinen Anzeigen in der Gesamt-Auflage billig!
in der Gesamt-Auflage billig!
des Vorwärts und trotzdem

Der gute Geruch
der feine Gehalt, dazu gehört die „Rotfrosch“-Gestalt!



Erdal
putzt die Schuhe, pflegt das Leder
Alleinhersteller: Werner & Mertz A.-G. Mainz.
Erdal-Fabrikniederlage Berlin
Bla.-Lankwitz, Charlottenstr. 33 - Fernspr. Lichterfelde 227

Warnung!

Infolge der dauernd steigenden Nachfrage nach der seit vielen Jahrzehnten bei allen Qualitätsrauchern beliebten **echten Königin von Saba-**

Zigarette sind wieder minderwertige Falsifikate im Umlauf. — Wir warnen vor Anfertigung und Verbreitung solcher minderwertigen Nachahmungen. Herstellung und Vertrieb solcher Falsifikate werden von uns unnachsichtlich strafrechtlich verfolgt.

GARBÁTY

Achtstundentag!

Von Billy Cohn, Warenhausbesitzer, Halberstadt.

Nach ihrer Rückkehr von London hat die deutsche Regierung erklären lassen, daß sie zu einer Verständigung über das Washingtoner Abkommen bereit sei. Die Form dieser Erklärung läßt unschwer erkennen, daß die Regierung Morgensheimer-Luther die deutsche Öffentlichkeit auf die Ratifikation dieses Abkommens vorbereiten will. Bei der politischen und insbesondere wirtschaftlich-politischen Einstellung der Regierung könnte man den Eindruck haben, daß die Bereitwilligkeit zur Annahme des Washingtoner Abkommens nicht eigenen Wünschen dieser Regierung, sondern mehr denen der arbeiterfreundlich eingestellten Regierungen unserer früheren Kriegesgegner, insbesondere der englischen Regierung zu danken ist. Unsere früheren Kriegesgegner haben bereits im Friedensverträge von Versailles (Teil XIII, Abschnitt I) unter den regelungsbedürftigen Arbeitsbedingungen an erster Stelle die Bestimmung der Arbeitszeit, insbesondere die Festsetzung einer Höchstdauer des Arbeitstages und der Arbeitswoche aufnehmen lassen. In einer Anlage ist zur Neuordnung im beabsichtigten Sinne bereits die Einberufung der Washingtoner Tagung mit einer Tagesordnung enthalten, bei der an erster Stelle die Durchführung des Grundgesetzes des Achtstundentages oder der Achtundvierzigstundentage steht.

Im November 1919 ist dann in Washington der Entwurf eines internationalen Übereinkommens fertiggestellt, das die ratifizierenden Staaten zu grundsätzlicher Einführung und Innehaltung des Achtstundentages oder der Achtundvierzigstundentage verpflichtet.

Das Deutsche Reich hatte eine entsprechende Gesetzesregelung bis zum Dezember 1923. Damals hatte unsere Regierung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes im Verordnungswege dann jene Neuordnung geschaffen. Die jetzt gilt und bei grundsätzlicher Aufrechterhaltung des alten Prinzips in der bekannten, hier heute nicht weiter zu erörternden Weise einer Verlängerung der Arbeitszeit Tor und Tür öffnet. — Auf die deutsche Neuordnung beruft sich das Ausland, berufen sich hauptsächlich Frankreich und England, um ihre Unterlassung der Ratifikation des Washingtoner Abkommens zu begründen. Ratifiziert Deutschland, entfällt der Einwand.

Mit der allgemeinen Ratifikation wird zwar viel, aber noch nicht alles erreicht sein. Das Washingtoner Abkommen enthält nämlich einen Artikel 14, in dem die Möglichkeit einer Lockerung der Bestimmungen bei staatlichen Notständen in Krieg und Frieden zugelassen wird. Einen solchen staatlichen Notstand wollen viele für das Deutsche Reich mit Rücksicht auf seine Reparationsverpflichtungen für vorliegend erachten. — Auch die Reichsregierung hat für Deutschland „zur Verhütung außerordentlicher Gefährdung deutschen Lebensnotwendigkeiten“ die Anwendung des Artikels 14 in Anspruch genommen und zur Bedingung ihrer Ratifikation gemacht.

Diesem Bestreben gilt unser Kampf. Eine Erhöhung der deutschen Arbeitswoche ist auf die Dauer nicht denkbar ohne die gleiche Erhöhung in den anderen Ländern. Es ist nicht möglich, durch eine Verlängerung der Arbeitszeit den Preis unserer Produktion mit billigen und mit den verbilligten Waren Märkte zu erobern, weil diese Steigerung die ausländischen Konkurrenzbetriebe zu den gleichen Maßnahmen veranlassen würde, so daß ein Aufheißer für uns nicht entsteht. Aber abgesehen davon ist der zugrundeliegende Gedankengang durch und durch verfehlt; er enthält den alten Irrtum, Arbeitszeitverlängerung steigere den Arbeitsertrag. Um gegen diese falsche Ansicht zu Felde zu ziehen, habe ich die Feder ergriffen.

Meine Meinung entspringt meiner Tätigkeit als Warenhausbesitzer und gründet sich auf die Beobachtungen meines Personals. Sie ist nicht von heute und gestern, sondern in über 30 Lebensjahren gesammelt. Wenn ich sie hier öffentlich bekenne, so geschieht dies aus der Überzeugung heraus, daß die Meinungsäußerung in dieser Frage heute Pflicht ist. Die kaufmännische Bedienung stellt an die Arbeitskraft des oder der Angestellten außerordentliche Anforderungen. Es kommt darauf an, die Geschmacksrichtung und die Kaufkraft des Kunden zu erkennen und auf Grund dieses Erkenntnis ihn sachgemäß zu bedienen. Wer das acht Stunden täglich durchhält, leistet allerhand. Er bedarf danach der Erholung, um seine Kräfte für sich und die Arbeit zu erhalten. Er bedarf des Wanderns und Luftspazierens zur Sommer- und Winterzeit, er bedarf der geistigen Erholung durch Theater, Kino, Konzert, Lesarten usw. Oft werden diejenigen, die sich für eine Verlängerung der Arbeitszeit aussprechen, finden, daß sie im Grunde nicht an der Dauer der Arbeitszeit, sondern an der Beschaffenheit der Arbeitsleistung Anstoß nehmen.

Die Arbeitsleistung mag zu einem erheblichen Teil noch schlechter sein als vor dem Kriege, aber man bessert sie nicht durch Verlängerung der Arbeitszeit. Sie ist verfehlt durch den physischen und moralischen Niedergang der Menschen, den der Krieg verursacht hat und dem nur zu begehnen ist durch physische und moralische Kräftigung der Menschen, die nur in ihrer Freizeit erfolgen kann.

In dem Maße, in dem wir die erwähnte Einwirkung des Krieges überwinden, in dem Maße wächst auch die Arbeitsleistung in ihrer Güte. Der Einzelhandel kann das Publikum erziehen, daß es keine Einkäufe innerhalb einer Zeit macht, die die Geschäfte bei achtstündiger Arbeitszeit für den Verkauf zur Verfügung stellen können.

Die Ersparnis der Kaufhäuser an Heizung und Beleuchtung ist in einem tief verschuldeten Lande wie Deutschland gewiß auch nicht ohne Bedeutung. Was ich für mein Tätigkeitsfeld, den Einzelhandel, angeführt habe, das läßt sich auch für die anderen Zweige der Wirtschaft, die als wichtiger angesprochen werden, mit guten Gründen ausführen. Wir haben Zeugnisse dafür, wie die Verkürzung der Arbeitszeit im Bergbau und in der Schwerindustrie, in der Glas- und in der Textilindustrie sich ausgewirkt hat. Wir können verweisen auf die Erfahrungen der Vösch, der Feig-Werke

und anderer Betriebe, die ihre Erkenntnis von den Vorteilen des Achtstundentages durch Ruhanwendung bekräftigen. Aber auch in unserer Zeit sind die Urteile der Betriebsinhaber günstiger, als mancher vermutet. Wir nennen Henry Ford. Am schönsten und in edelster Sprache finden wir das Problem der Arbeitszeit behandelt von Walter Rathenau in seinem Vortrage am 27. April in der Hochschule für Politik „Der Höhepunkt des Kapitalismus“ (Reben S. 151 ff.). Rathenaus Gedanken über die Schonung der menschlichen Arbeitskraft, das Problem der Freizeit und der Ruhe sind von echt sozialem Geiste erfüllt, wie sie auch anknüpfen an die Gesetzgebung, die den Achtstundentag gebracht hat. Rathenau zeigt auch den Weg, auf dem man anders als durch Verlängerung der Arbeitszeit Ersparnisse zur Abgeltung unserer Schulden machen kann. Durch Ausnützung einer Produktionswissenschaft, die in rationaler Weise arbeitet, die Arbeitsstundenzahl, die uns in Deutschland zur Verfügung steht, mit bestem Wirtschaftserfolg zu nutzen.

Nicht Verlängerung der Arbeitszeit, sondern Verbesserung der Produktionsmethoden — darin liegt unser Heil!

Landtagsbeginn.

Die Kommunisten setzen die Feße gegen Peinert fort.

Der Landtag trat gestern wieder zusammen. Abg. Dr. Meyer-Ostpreußen (Komm.) stellte einen Antrag auf die Tagesordnung, wonach Präsident Peinert wegen seines beanstandeten Pensionvertrages mit dem Magistrat Hannover sofort seines Präsidentenamtes entsetzt werden solle. Peinert sei nicht mehr in der Lage, die Disziplinar- und Strafgewalt im Landtag auszuüben. Außerdem könne und dürfe Peinert von seiner „politischen Krankheit“ nicht gelunden.

Abg. Heilmann (Soz.) erklärt, keine Fraktion werde den Fall solange nicht behandeln, als Peinert krank sei. Lediglich habe Peinert als Kranker ja die Dienstpflicht im Hause gemindert in der Hand. Er, der Redner, bemerke die Kommunisten nicht um den Geschmach, mit dem sie, die sie die Hauptschuld an dem Fall Peinert hätten, über das kranke Opfer noch herziehen, um politische Geschäfte zu machen.

Abg. Pies (Komm.) erklärt, Peinert habe erst vor kurzem einem pensionierten Beamten erwidert, 43 R. im Monat seien genug. Für sich selbst habe er eine höhere Pension vereinbart.

Abg. Dr. Meyer (Komm.) hält die Verteilungssache Heilmanns für verständlich, da dieser doppelter Aufführer sei.

Abg. Heilmann (Soz.) bestreitet die Angaben des Abg. Pies. Der kommunistische Antrag kann nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden, weil Widerspruch erhoben wird. Damit ist diese Angelegenheit erledigt. Verschiedene kleinere Gesetzentwürfe werden den zuständigen Ausschüssen überwiesen.

Bei der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs über die Kostenregelung der evangelischen Landeskirchenverwaltung beantragt der Verfassungsausschuss die Annahme der Vorlage mit einigen Änderungen. Die Kirchenbeamten sollen in ihren Bezügen den Staatsbeamten völlig gleichgestellt werden. Ueber etwaige Meinungsverschiedenheiten soll ein Schiedsgericht oder das Oberverwaltungsgericht entscheiden. In einem vom Ausschuss eingefügten § 9a wird ausgesprochen, daß durch die in diesem Gesetz getroffene einseitige Regelung der Ablösung der bisherigen Staatsleistungen für die Kirche gemäß Artikel 138 der Reichsverfassung nicht begründet wird.

Auswärtiger Dr. Boellig erklärt sich namens des Staatsministeriums mit den vom Ausschuss beantragten Änderungen einverstanden.

Abg. König (Soz.) lehnt die Vorlage ab.

Abg. Wildermann (Ztr.) stimmt ihr zu, wendet sich aber gegen den § 9, der die Schiedsinstanz vorschreibt.

Abg. v. Kriege (D. Sp.) tritt für die Vorlage in der Ausschlußfassung ein.

Abg. Dr. Berndt (Dem.) begründet einen Änderungsantrag, wonach dem Staat das Einspruchsrecht gegen die Berufung der Vorstehenden der kirchlichen Verwaltungsbehörden gewährt werden soll.

Für diesen Antrag stimmen auch die Sozialdemokraten und Kommunisten. Im Sammelspruch wird der Antrag mit 166 gegen 140 Stimmen abgelehnt.

In der Gesamtabstimmung wird der Gesetzentwurf in zweiter und gleich darauf auch in dritter Beratung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten endgültig angenommen.

Nach demselben Verfahren verschiedener kleinerer Vorlagen und Ausschlußberichte kommt es zu einer längeren Aussprache über die Tagesordnung der nächsten Sitzung. Die Sozialdemokraten verlangen die Beratung des Antrags des Ausschusses zur Personalabbauperordnung, mit dem der Bürgermeisterabbau erleichtert werden soll. Die Deutschnationalen widersprechen der soebenigen Beratung und wünschen die Behandlung des Antrags auf dem nächsten Sommerstag.

Der sozialdemokratische Antrag wird angenommen. Den ersten Punkt der morgigen Tagesordnung bildet also der Ausschlußantrag zur Personalabbauperordnung.

Gegen 6 Uhr vertagt sich das Haus auf Mittwoch, 12 Uhr.

Der Arbeitsplan des Landtags.

Der Kabinettsrat des Landtags beschäftigte sich am Dienstag vor Beginn der Plenarsitzung mit der Geschäftsliste des Hauses. Zunächst sollen die zur Beratung im Plenum bereitliegenden Etats behandelt werden, und zwar als erster der Haushalt der Seehandlung (Preussische Staatsbank), dann der Haushalt der landwirtschaftlichen Verwaltung, der Besitz- und der Domänenetat. Als Redezeit sind wie üblich für die keinen Haushalte je eine, für den Landwirtschaftsetat je zwei Stunden für jede Fraktion festgesetzt worden.

Der 29. und 30. September werden sittingsfrei bleiben, weil an diesen Tagen die deutschnationale Vertreterversammlung stattfindet. Außerdem wird vom Sonnabend, den 11. bis einschließlich Montag, den 13. Oktober, eine Beratungskonferenz eintreten. Der 1. und der 15. Oktober werden „Schwerinstage“ sein, die werden also der Beratung von Anträgen am dem Hause ge-

nimmt sein. Mit der Beratung des Etats des Innern rechnet man erst für Mitte Oktober.

Die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Landtags, die am Dienstag nach der Beratungskonferenz zusammentrat, beschloß angesichts der Erkrankung des Genossen Peinert einstweilen von der Erörterung der Vorgänge in Hannover abzugehen. Der Fraktionsvorstand wurde beauftragt, an den Genossen Peinert die besten Wünsche für seine baldige Wiederherstellung auszusprechen.

Wirtschaft

Die teuren Lokomotiven.

Wo bei der Eisenbahn gespart werden kann.

„Nichts ist so gut, als daß es nicht noch besser gemacht werden könnte.“ Die Richtigkeit dieses Satzes zeigte sich auch, als gestern auf der eisenbahntechnischen Tagung über die Bestrebungen verhandelt wurde, die auf eine technische Verbesserung der Lokomotiven zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit zielen.

Nach zwei Richtungen bewegt sich hier das Streben der Techniker: einmal versuchen sie durch rationelle Ausnutzung der zur Verfügung stehenden Brennstoffe die Wirtschaftlichkeit im Betrieb zu erhöhen. Dann aber wollen sie durch Vereinheitlichung der Lokomotiv- und Wagentypen sowohl der Bau als auch die Reparatur wesentlich vereinfachen.

Die bisher üblichen Kolbendampflokomotiven sind wahre Verschwender der kostbaren Brennstoffe. Von 100 Wärmeinheiten, die dem Kessel zugeführt werden, verlassen nur 3 bis 7 mechanische Arbeit, d. h. 93 bis 97 Wärmeinheiten gehen ungenutzt verloren. Bei der Turbinenlokomotive beträgt der Verlust bei 100 zugeführten Wärmeinheiten immer noch 85 bis 91 Wärmeinheiten, und doch wird diese Maschine als die Krone aller Dampflokomotiven bezeichnet. Auch die Diesellokomotive, die in wärmetechnischer Hinsicht den weitaus besten Wirkungsgrad aufweist, läßt noch etwa 75 Proz. der im Brennstoff enthaltenen Arbeit ungenutzt. Wer diese Zahlen recht begriffen hat, wird die so stolzen Lokomotiven mit anderen Augen betrachten als derjenige, der sich nur von dem Spiel der Triebflangen und von ihrer Geschwindigkeit blenden läßt. Die frühere preussische Eisenbahn hatte einen jährlichen Kohlenverbrauch ihrer Lokomotiven von etwa 11 Millionen Tonnen. Unter Zugrundelegung der Brennstoffausnutzung der besten Kolbendampflokomotiven ergibt sich, daß in jedem Jahre nicht weniger als 10 1/2 Millionen Tonnen Kohle nutzlos verpuffen. In der ersten Nachkriegszeit war infolge der Verschlechterung des Materials und der Verwendung minderwertiger Brennstoffe der Kupferwert noch wesentlich geringer. Die Aufgaben, die hier von den Ingenieuren zu lösen sind, eröffnen ihnen noch ein weites Betätigungsfeld.

Mit der Verwendung der Diesellokomotive ist ein ganz neuer Weg zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit beschritten worden, der um so größere Beachtung verdient, als es jetzt bereits gelungen ist, eine solche Lokomotive für eine Leistung von 1200 Pferdestärken zu bauen.

Alle diese Bestrebungen zur Erhöhung des wärmetechnischen Nutzens der Lokomotiven wurden am gestrigen Vormittag behandelt. Ingenieurstaatsrat Wagner-Berlin hielt ein grundlegendes Referat über die wärmetechnische Verbesserung der Lokomotive. Dr. R. Lorenz sprach über Turbinenlokomotiven. Die Ausführungen von Conrad-Cristi-Nem Hart über die Kostenkalkulation bei Lokomotiven, die ein wesentlich sparsameres Betriebsmittel mit sich bringt, wurden verlesen. Endlich sprach Professor Simon-Koffi-Moskau über die Diesellokomotive, die für Rußland mit seinen großen Dellschienen wohl die gegebene Qualität darstellt.

Am Nachmittag kamen die Mittel zur Sprache. Die eine Verbilligung der Herstellungskosten der Lokomotiven und Wagen und damit eine Herabsetzung der Ausgaben für die Bergierung und Tüftung des Antriebsapparats, also auch der Kosten für die Beförderung der Güter, herbeiführen sollen. Der Reihe nach behandelte Geh. Rat Dr. Fuchs die Normung im Lokomotivbau, Oberregierungsrat Altgen den Vorrats- und Ausstattungsbedarf der Lokomotiven und Oberregierungsrat Klein den Vorrats- und Ausstattungsbedarf der Wagen. Vom wirtschaftlichen Standpunkt ist es ein Unfug, daß der Lokomotivpark eines Landes ungenügenderweise aus den verschiedensten Typen besteht. Die Vereinfachung der Werkzeugelemente und der Rechenarbeit lassen heute eine Austauschfertigung zu, die sehr zur Verminderung der Kosten beiträgt. Durch Verwendung möglichst vieler gleichartiger Teile können aber auch die Lager der Eisenbahnwerkstätten vereinfacht werden. Lokomotiven derselben Gattung vergrößern nicht nur die Uebersichtlichkeit des Betriebes, sondern vermehren auch die Zahl der für Spitzenleistungen in Bereitschaft zu haltenden Maschinen, die im Grunde nutzlose Kohlenfresser sind.

Die deutschen Lokomotivfabriken haben zur Vereinfachung der Normung der Lokomotiven ein Vereinheitlichungsbureau gegründet. Auch auf der Ausstellung in Eddin wird gezeigt, wie weit hier die Normungsarbeit vorgeschritten ist und wie es möglich ist, genannte Einzelteile auch bei Lokomotiven einzubauen, die bereits im Betriebe sind. Es ist geplant, in Zukunft nur noch vier Lokomotivtypen zu bauen: eine 2 C 1-Biergünder-Verbund-Schnellzuglokomotive, eine 1 D 1-Dreizylinder-Personenzuglokomotive, eine 1 C 1-Dreizylinder-Büherzuglokomotive und endlich eine 1 C-Dreizylinder-Büherzuglokomotive. Hoffentlich überlegt man sich diese Dinge noch und berücksichtigt bei Schaffung der Einheitsmaschinen auch die Turbinen- und Diesellokomotive. Schließlich möge noch erwähnt werden, daß der durchgeführte Austauschbau die durchschnittliche Zeit für große Ausbesserungen, die jetzt noch zwischen 30 und 100 Tagen schwankt, allgemein auf 50 Tage vermindern läßt. Das entspricht dann einer Verminderung des Ausbesserungsstandes der Lokomotiven um 30 bis 40 Proz. Der Vorteil ist dabei zweifach: einmal sind viel mehr Lokomotiven dienstbereit, zum anderen vermindern sich die Reparaturkosten. Es ist erfreulich, daß die wärmetechnische Durchforschung des größten deutschen Verkehrsbetriebes zeigt, wo man ansetzen muß, um wirtschaftlicher zu arbeiten. Aber von der Erkenntnis einer an sich notwendigen Änderung zu ihrer tatsächlichen Gestaltung pflegt meist immer noch ein langer Weg zu sein. Röge er mit D-Zugs-geschwindigkeit zurückgelegt werden.

B. R.

Fritzi Massary die große überraschend gehaltvolle 3 1/2 Zigarette ist, nach dem übereinstimmenden Urteil bisher unerreicht.

